

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wils. Köhling in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorständen einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Widen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1368. ANZEIGER

Nr. 45. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 9. November 1907. Fernsprech-Nummer 423. 9. Jahrgang.

## Die Sozialpolitik und der Zentralverband deutscher Industrieller.

„Sozialpolitik treiben ist eine Beschäftigung, die seit dem Erlaß Kaiser Wilhelms I. unter Begründung des Vereins für Sozialpolitik bei vielen zum Metier (Handwerk) geworden ist.“ So führte ein Generalsekretär des „Bundes der Industriellen“ in einem Vortrage aus. Dennoch sind auch die Herren vom Zentralverband der Industriellen nach ihrer Versicherung für eine „gesunde, kräftige, bezwecklose, vernünftige“ Sozialpolitik. Was man aber im Lager unserer extremsten deutschen Scharfmacher darunter versteht, geht aus einem, auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen Delegiertenkongreß des Verbandes vom Generalsekretär Bueck erstatteten Referat mit erhellender Deutlichkeit hervor. Nachdem Herr Bueck die Tarifverträge als für die Industrie ungeeignet erklärt hatte, führte er aus:

Gegen das Koalitionsrecht habe der Zentralverband niemals Stellung genommen, er wolle es nicht angehen, er müsse aber auf das volle unantastbare Recht des Arbeitgebers verweisen, das Arbeitsverhältnis mit seinen Arbeitern, unter Ausschluß aller außerstehenden Elemente zu regeln. Man könne sich auch nicht verschließen, daß das Koalitionsrecht Erscheinungen zeitige, von denen die Wohlfahrt des Staates und der Gesellschaft ernstlich bedroht werden könne. Daher spreche sich der Zentralverband gegen jede Erweiterung des bestehenden Koalitionsrechts aus. Der Staat möge, mehr als bisher gesehen, das gute Recht des Arbeiters, der Organisation fernzubleiben, die Freiheit der Arbeit, gegen den fürchtbaren Terrorismus der Sozialdemokratie schützen. Das Schlagwort von der „konstitutionellen Fabrik“ und die ihr zu Grunde liegende Tendenz sei zurückzuweisen. Der Regierung solle das Vertrauen ausgesprochen werden, daß sie allen Bestrebungen, die autoritative Stellung der Unternehmer und Arbeitgeber in ihren Betrieben angreifen, entschieden entgegengetreten werde. Wenn es auf die öffentliche Meinung und die überwindende Mehrheit im Reichstage ankäme, würde durch sozialpolitische Belastungen mannigfacher Art die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkte geschwächt. Daher lege die Industrie ihre ganze Hoffnung auf die verbündeten Regierungen. Diese Hoffnung verpflanze die Industrie aber, zu erweisen, daß sie bereit sei, zur Förderung berechtigter sozialer Bestrebungen sich opferwillig an die Seite der verbündeten Regierungen zu stellen.

Im Anschluß an das Bueck'sche Referat wurde vom Direktorium des Verbandes eine Erklärung vorgelegt, worin u. a. bezüglich der Krankenkassen verlangt wird: Erhaltung der Betriebskrankenkassen, Häufelung der Beiträge (bisher zahlen die Arbeitgeber ein Drittel, die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge) und demgemäß auch die Stimmen in den Vorständen und Generalversammlungen, Ernennung der Vorsitzenden der Ortskrankenkassen von einer dazu geeigneten Behörde, beschränkte freie Arztwahl.

Welch ein Entgegenkommen! Also die Herren Arbeitgeber wollen bereitwillig die Hälfte der Krankenkassenbeiträge zahlen — und dafür soll ihnen die Verwaltung der Kassen ausgeliefert werden. Wirklich! Die Herren wollen nicht nur „gesunde und vernünftige“, sondern auch rentable Sozialpolitik treiben. Das nennt man mit einer Würst nach einer Seite Speck werfen. Die Forderungen der deutschen Arbeiterkongresse von Frankfurt und Berlin aber werden, als für die Industrie unannehmbar, entschieden abgewiesen, wie aus der Annahme folgender Anträge hervorgeht:

a. Der Zentralverband ist bereit, eine „gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige“ Sozialpolitik und die Abstellung sozialpolitischer Mißstände aufrichtig und opferwillig zu unterstützen. Unbeschadet dessen erachtet er sich in Wahrung der ihm anvertrauten Interessen der deutschen Industrie für verpflichtet, gegen die in den Verhandlungen des neuen Reichstages verfolgten, sehr weit gesteckten sozialpolitischen Ziele entschiedenen Einspruch zu erheben. b. Dieser Einspruch richtet sich gegen jede übermäßige, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte gefährdende Belastung der Industrie durch Beschränkungen und Einengungen der Betriebe, die über das von der unbedingten Notwendigkeit gebotene Maß hinausgehen und durch weitere Entziehung von Arbeitskräften entweder auf dem Wege direkter Ausschaltung oder weiterer Verkürzungen der Arbeitszeiten oder durch Erweiterung bereits bestehender einschneidender Bestimmungen. c. Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Reduzierung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen. d. Ebenso betrachtet der Zentralverband die Bestrebungen, die Bestehenden mit schwerem Bedenken die Bestrebungen, die bestehende Höchstzahl der Arbeiterinnen gesetzlich noch weiter zu beschränken. Diese Bestrebungen berühren vor allem, aber durchaus nicht allein die Textilindustrie. Die Gewisheit, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit in den Spinnereien in vollem Umfange, in den Webereien und den übrigen Zweigen der Textilindustrie jedenfalls teilweise die Produktionskosten erhöht, die Gefahr, daß der Wettbewerb der deutschen Textilindustrie gegen das Ausland sich in Zukunft ungünstig gestalten, alle diese Umstände lassen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen als ein wirtschaftlich gefähr-

liches Vorgehen erscheinen, demgegenüber es entschieden vorzuziehen wäre, es der Industrie zu überlassen, ob sie wie bisher da, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, freiwillig auf eine längere Arbeitszeit übergehen will. e. Sollte aber aus Gründen, die außerhalb des Kreises der wirtschaftlichen Tatsachen gelegen sind, und vielleicht dem Gebiete politischer Vorhaben angehören, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden, so kann ihre Einführung, damit die Industrie sich auf die veränderten Verhältnisse einzurichten vermag, nur allmählich mit einer langen Uebergangsfrist erfolgen, als welche ein Zeitraum von mindestens vier Jahren angemessen erscheint, sowie nur unter sorgfältigster Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Industrien, wobei jedenfalls weitgehende Ausnahmestrukturen notwendig sein werden.

Nach derartigen Leistungen kann die „gesunde, kräftige, vorurteilslose“ Sozialpolitik des Verbandes der Industriellen als reine „Bremsspolitik“ bezeichnet werden. Entweder soll die Regierung auf alle Weise zum Schutze der Arbeiter verzichten oder, wenn dieses nicht möglich, weitgehende Ausnahmestrukturen zur Umgehung der Gesetze schaffen.

Scharfmacherlust wehte auch auf einem, im Anschluß an den Delegiertenkongreß stattgehabten Festmahle, woran auch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg und der Handelsminister Delbrück teilnahmen. Der wegen seiner Verleumdungen der christlichen Gewerkschaften bekannte Geh. Kommerzienrat Kirdorf hielt eine Ansprache, worin es heißt, der Umsturz, gehe nicht nur von den Sozialdemokraten aus, sondern auch von anderen Arbeiterorganisationen, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen. Dieser Bewegung gegenüber müßte der Herrschaftspunkt gewahrt bleiben. Das sei nach ihrer Ueberzeugung richtig gehandelt und die Leiter der Industrie nähmen keine andere Stellung ein, als daß sie die ersten Beamten der Industrie seien. Mögen die Vertreter der Regierung überzeugt sein, daß die Vertreter der Industrie es für nötig gehalten haben, wenn sie dem sozialen Strom nicht folgten und daß sie bemüht seien, die Lebensfähigkeit der Industrie zu erhalten.

Handelsminister Delbrück erwiderte darauf folgendes:

„Ich freue mich der Tatsache, daß wir heute hier sind. Wir haben uns wieder zusammengefunden auf einer Brücke, die nicht abgebrochen war, die man doch aber von beiden Seiten mit Rücksicht auf die Befürgnisse einer gewissen Unsicherheit eine Brücke zu betreten vermied. Daß das Vertrauen zu dieser Brücke wieder gewonnen ist, daß sie zweifellos so weit verstreut ist, daß sie uns beide recht lange tragen kann, das ist, glaube ich, für uns beide ein unbedingtes erfreuliches Bewußtsein, das wir vom heutigen Tage mitnehmen. Die Mahnungen des Herrn Geheimrat Kirdorf sind nun ja allerdings weiter gegangen, als daß wir bloß die Brücke wieder offen halten sollen, die zu betreten uns zeitweise unbehaglich gewesen ist, und er wird auch eine Antwort von mir haben wollen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Unternehmer in berechtigtem Stolze auf das, was unsere Industrie geleistet hat, in dem berechtigten Bewußtsein, das Beste des Vaterlandes zu wollen, auch mehr für sich verlangt, als vielleicht andere ihm zugestehen wollen und als die Staatsregierung ihm zugestehen kann, wenn sie nicht die ihr sonst nach anvertrauten Interessen in den Hintergrund treten lassen will. Herr Geheimrat Kirdorf hat gesagt: Wir wollen Herren in unserm Hause bleiben. Meine Herren, dieses Wort vom „Herrn“ hat Ihnen mehr geschadet in der öffentlichen Meinung, als manche seltene Tat es jemals hätte tun können, und daß Ihnen das so geschadet hat, bedauere ich um so mehr, als Sie damit etwas anderes meinen, als man im allgemeinen darunter versteht. Es liegt jedem großen Unternehmer völlig fern, ein mittelalterliches Herrmentum unsern Arbeitern gegenüber aufrecht zu erhalten. Es liegt uns völlig fern, den freien Willen des einzelnen Bürgers so, wie er sich verfassungsmäßig und nach den Auffassungen unserer Zeit entwickelt hat, zu beschränken, auch wenn er unser Arbeiter ist. Wir wollen auch nicht Herren sein, sondern wir wollen, wie Herr Kirdorf am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat, der erste Arbeiter unserer Betriebe, die Kameraden unserer Arbeiter sein und wir wollen unsern Arbeitern gegenüber nicht den Herrenstandpunkt vertreten, sondern wollen das Maß von Kommandogewalt haben, das der höhere Offizier über den niederen Offizier, der Leutnant über seine Soldaten hat und haben muß, wenn nicht der Betrieb in Scherben gehen soll. (Beifällige Zustimmung.) Dabei sollen und wollen wir aber die Kameraden unserer Arbeiter sein, und m. S., wenn wir es verstehen, dieses Maß der Kameradschaft zu erzielen, das unteren Offizieren einen viel größeren Einfluß über ihre Mannschaften gibt, als die eiserne Hand der Disziplin, dann, m. S., sind wir über die größten Schwierigkeiten hinweg. Es handelt sich nicht so sehr um die einzelnen Fragen, um die gesprochen wird. Daß diese freitragend, liegt in der Natur der Dinge. Es handelt sich auch nicht um die Mittel, um die gesprochen wird, sondern es handelt sich um das Ziel und das Bewußtsein, das man um die Anerkennung eines gewissen Standpunktes, und da ist der Einigungspunkt gefunden in den letzten Worten des Herrn Geheimrats Kirdorf. M. S., wenn es uns gelingt, als Unternehmer und erste Arbeiter der Betriebe gleichzeitig die Kameraden der Arbeiter zu sein, dann werden die Aufgaben in der Hauptsache gelöst, die zu lösen Ihnen und uns obliegt. Denn wir sind darüber einig, daß, wenn Sie Ihren Standpunkt vertreten, Sie ihn nicht vertreten vom Standpunkt des Herrn, sondern daß Sie ihn vertreten, weil Sie die Ueberzeugung haben, daß die Stärke unserer Vaterlandes beruht auf einer leistungsfähigen Industrie, und daß die leistungsfähige Industrie nur in der Lage ist, das zu bleiben, was sie ist, wenn ihr nicht die Mittel der Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber genommen werden, und meine Herren, insoweit haben Sie recht. Ueber die Einzelheiten der Ausführungen werden wir uns einigen.“

Man merkt es diesen Ausführungen des Ministers an, daß er es keineswegs als eine angenehme Auf-

gabe betrachtete, dem Herrenstandpunkte des Herrn Kirdorf entgegen treten zu müssen. Daß der Vergleich des Vorgehens in der Fabrik mit der Kommandogewalt den lebhaftesten Beifall der Bueck und Genossen fand, braucht nicht zu verwundern. Bemähen sich doch manche Arbeitgeber und Direktoren, besonders Reserveoffiziere, den Kasernen in den Fabriksaal zu übertragen. Aber dieser Vergleich des Ministers liegt auch ganz neben der Sache. Wenn Herr Kirdorf und seine Gefinnungsgenossen mit der Betonung des Herrenstandpunktes nichts anderes sagen wollten, als daß sie die Leitung ihrer Betriebe fest in der Hand behalten wollen, so würde kein vernünftiger Arbeiter etwas dagegen einzuwenden haben.

Aber diese Betonung des Herrenstandpunktes besagt etwas anderes, sie richtet sich gegen die berechtigten Ansprüche des Arbeiters, über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, soweit seine Person dabei in Frage kommt, mitzubestimmen, sie richtet sich gegen die konstitutionelle Arbeitsverfassung, gegen das Streben nach tariflicher Regelung des Arbeitsvertrages und daher schließlich gegen die Organisation der Arbeiter. Daß Herr Kirdorf es so meint, hat er ja nicht nur früher deutlich genug belundet, er hat es auch jetzt wieder gesagt, indem er nach dem Bericht des Wollschens Telegraphenbureaus äußerte: „Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten aus, sondern auch von anderen Arbeiterorganisationen, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen.“

Wie das „Herr im Hause bleiben“ gemeint ist, hat ferner in den Verhandlungen des Zentralverbandes Generalsekretär Bueck scharf zum Ausdruck gebracht; er beanspruchte für den Arbeitgeber „das volle, unantastbare Recht, das Arbeitsverhältnis mit seinen Arbeitern unter Ausschluß aller außenstehenden Elemente zu regeln“ — also Ablehnung der Vermittelung durch Organisationen und deren Beamte — und sprach sich gegen jede Erweiterung des Koalitionsrechts aus. Demgemäß wird auch in den Schlußsätzen der Resolution gegen die Förderung der Tarifverträge und Erweiterung des Koalitionsrechts protestiert und für unbedingt erforderlich erklärt, daß die „verbündeten Regierungen tunlichst bald und energig tätig besorgt sind, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der Schreckensherrschaft dieser Partei und Organisationen zu befreien.“

Also statt Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts — der grundlegenden Forderung der christlich-nationalen Arbeiterschaft seit dem Frankfurter Arbeiterkongreß von 1903 — der Ruf nach einer neuen „Zuchthausvorlage“. Angesichts dieser schroffen Stellungnahme wäre eine deutlichere und entschiedenerer Antwort des Ministers wohl am Platze gewesen; insbesondere hätte er auch Veranlassung nehmen dürfen, die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gegen den Herrn Kirdorf erhabenen Vorwurf der „Anstiftungsbestrebungen“ und der „Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen“, in Schutz zu nehmen. Minister Delbrück hat das nicht für nötig gehalten. Um so nachdrücklicher muß die christlich-nationale Arbeiterschaft gegen die Verdächtigungen des Herrn Kirdorf protestieren. Ausbreitung und Stärkung unserer Bewegung, so laute unsere Parole. An dem Damm der christlich-nationalen Arbeiterbataillone müssen die Gelüste der Scharfmacher brechen.

## Zweiter deutscher Arbeiterkongreß in Berlin.

II.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Vorsitzende Behrens zunächst den Wortlaut einer Reihe inzwischen einlaufender Telegramme mit, von denen dasjenige der christlichen Arbeiterschaft des Schweizerlandes besonders freudig begrüßt wurde. Darauf wurde die Debatte über die Sonntagsruhe fortgesetzt. Eine Reihe von Klagen über fehlende oder unzureichende Sonntagsruhe wurden von verschiedenen Seiten vorgebracht. So legte Aug-Berlin dar, daß von einer Sonntagsruhe im Konfitorergewerbe überhaupt keine Rede sein könne. In Berlin stehe es besonders schlimm. Soweit die Behörden wirklich freie Zeit haben sollten, sind sie gezwungen, sich auszurufen und den Sonntag im Bett zu feiern, so überangehtrengt seien sie. Wenn von bestimmten Kategorien von Seelenten aus Hamburg von einem dortigen Geistlichen berichtet wird, daß sie den Sonntag, weil sie dann ganz besonders lange und schwer arbeiten müssen, geradezu versuchen lernen, so müsse man leider zugeben, daß auch bei vielen Konditoren solche Gefühle wachgeworden seien. — Schluß-Düsseldorf wird bei dieser Gelegenheit für den Verband christlicher Bäcker und Konditoren und weist dann auf die vielfache Durchlöcherung der jetzigen Sonntagsruhe-Bestimmungen in verschiedenen Städten hin. Im Westen habe ein Bäcker-Obermeister ganz offen gesagt: „Wenn ich wegen Uebertretung des Maximal-Arbeitstages ins Gefängnis müßte, so läme ich aus dem Gefängnis überhaupt nicht mehr heraus!“ Erfreulich sei es — und von den Arbeitnehmern dankbar begrüßt — daß im Publikum eine bessere Einsicht anfängt, platzzugreifen, wie die Bildung des „Käufersbundes“ beweist, der seinen Mitgliedern verpflichtet, möglichst nicht an Sonntagen zu kaufen. In seinem Schlußworte wies der Referent, Döring-Hamburg u. a. darauf hin, daß die Sonntagsruhe wirklich dadurch gefördert werden könne, wenn durch reichsgesetzliche Bestimmung (in der Gewerbeordnung)

der Freitag als Lohnzahlungstag festgesetzt werde. Die Abstimmung über die eingebrachte Resolution erfolgt, wie über alle Resolutionen, erst am Schluß.

Darauf erstattete Kollege Wieber-Duisburg sein Referat über den

## Arbeiterbeschäftigung in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie.

Von allen gewerblichen industriellen Arbeitern haben diejenigen der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Walzwerke, am wenigsten die Gesundheitlichkeitsbeschäftigung, sie bilden eine der vernachlässigtesten Arbeitergruppen. In den leichteren Berufsarten ist fast überall der zehnstündige Arbeitstag eingeführt, ja teilweise schon auf 9—8 $\frac{1}{2}$ , oder gar auf 8 Stunden herabgefunken; dagegen stehen die Arbeiter der schweren Industrie in einer Glühhitze in Schweiß gebadet, teilweise von giftigen Gasen belästigt, 12 Stunden in fast ununterbrochener Tätigkeit. In einzelnen Betriebsarten, zum Beispiel Hochöfen, haben die Arbeiter alle 14 Tage bei Wechselarbeit noch eine 24-stündige Arbeitszeit; keinen Sonn- und keinen Feiertag. Kein Weihnacht-, Oster- oder Pfingstfest, kann ihrem Frondeinsten Einhalt gebieten. Bei der ungeheuren Entwicklung in der Technik wie der Produktion, welche gerade die schwere Industrie, wie keine andere in so verhältnismäßig kurzer Zeit zu verzeichnen hat, sind diese Zustände eine Anklage nicht bloß gegen diese Industrie, sondern auch gegen die Gesellschaft, welche es bis jetzt nicht für nötig befunden, diesen gedrücktesten aller Arbeiter zu Hilfe zu kommen. Die schwere Industrie hat nicht allein die längste, aufreibendste Arbeitszeit, sondern auch die höchsten Krankheits- und Unfallzahlen aufzuweisen, welche selbst den Bergbau bedeutend übersteigen.

Der § 120 e der Reichsgewerbeordnung gibt dem Bundesrat die Befugnis, in den einzelnen Industrien und Gewerbearten zum Schutze der Arbeiter: Regelung der Arbeitszeit, hygienische Vorschriften, falls diese aus gesundheitlichen Rücksichten erforderlich ist, besondere Bestimmungen zu erlassen. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat in einer Reihe von Industrien Gebrauch gemacht und Spezialvorschriften erlassen. Es beziehen sich diese Bestimmungen zwar zum Teil auf hygienische Einrichtungen sowie auf den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit. Dagegen ist im Vätergewerbe, in Getreidemühlen sowie im Gast- und Schanzergewerbe auch gleichzeitig eine Regelung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter damit verbunden. Eigentümlicherweise fehlt, wenn wir von den Blei- und Zinkhütten absehen, die schwere Industrie ganz. Zwar bestehen für Walz- und Hammerwerke einige Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder, dieselben sind aber so bedeutungslos, daß sie fast gar nicht ins Gedächtnis fallen. Vergleicht man die teilweise scharfen, tiefeingreifenden Bestimmungen in den leichteren Gewerbegruppen mit denen der Hammer- und Walzwerke, so können letztere kaum als Arbeiterbeschäftigung in Betracht kommen.

Der christlich-soziale Metallarbeiterverband hat seit seinem Bestehen sich bemüht, einen größeren Schutz für die Arbeiter in der schweren Industrie zu erreichen; vor allen Dingen sollte eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Betracht kommen. Auf der dritten Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1904 in Offenbach wurde eine bezügliche Resolution angenommen. In gleicher Weise befaßte sich der Verband in einer Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter aus allen Bezirken Deutschlands am 11. August 1907 in Duisburg eingehend mit den Verhältnissen dieser Arbeiter. Wenn in letzter Zeit die Öffentlichkeit etwas mehr mit der Lage der Arbeiter in der schweren Industrie sich beschäftigt, so darf ohne Uebertreibung der christliche Metallarbeiterverband das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, an erster Stelle auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen und die Forderung eines erweiterten Arbeiterrechtes erhoben zu haben. Aber auch der zweite allgemeine christlich-nationale Arbeiterkongreß hat sich ein großes Verdienst damit erworben, diesen Gegenstand zur Verhandlung gestellt zu haben, um einer der gedrücktesten Arbeitergruppen emporzuhelfen.

Die schwere Industrie hat es seither meistens verstanden, sich an erfolgreichsten gegen jeglichen Arbeiterbeschäftigung, insbesondere soweit in die Regelung der Arbeitsverhältnisse eingriff, zu wehren. Es wird daher Anspannung und Zusammenfassung aller sozial denkenden Kreise bedürfen, um den gewaltigen Widerstand und Einfluß jener Kreise zu brechen. Der von den Werkleistungen beliebte Einwurf, die Industrie könne einen erweiterten Arbeiterbeschäftigung, vor allem die Beschränkung der Arbeitszeit, nicht ertragen, ist am wenigsten auf die schwere Industrie zutreffend. Wenn irgend ein Gewerbe den Arbeitern auskömmlichen Lohn, verkürzte Arbeitszeit, den nötigen Schutz zur Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft geben kann, dann muß die schwere Industrie hierzu in der Lage sein. Die Verbotskommission in der Technik, die Anbahnung von Massenproduktion grenzt geradezu an Fabelhafte und zweifellos hat sie den Höhepunkt noch nicht überschritten.

Kedner verbreitete sich sodann eingehend über die Entwicklung der schweren Industrie, über die Rentabilität der Unternehmungen, und schilderte an Hand eines umfangreichen Materials die Lohnverhältnisse, die bei einem großen Prozentsatz der Arbeiter unzureichend seien. Wenn auch ein Teil der ersten Arbeiter 6, 7, 8, in Einzelfällen bis 10 Mk. pro Tag verdiene, so sei diese Zahl doch gering gegenüber den jetzigen, welche unter 3—4 Mk. verbleiben. Außerdem seien die Schwankungen zwischen den einzelnen Bezirken sehr groß. Die auszuführende Dipe, sowie die Schwere der Arbeit, erfordere ganz außerordent-

die Arbeiter, wenn der Körper nicht vor der Zeit aufgerichtet werden sollte.

Ausführlich behandelte der Referent ferner die Gesundheitsbeschaffenheit der Arbeiterverhältnisse, das Arbeiterleben und die Sonntagarbeit, die Unfallgefahr und die hohen Krankheitsziffern. Sodann legte er dar, wie viel auf den meisten Werken die hygienischen und sanitären Einrichtungen zu wünschen seien, und welche Nachteile für die Arbeiter vielfach mit sogenannten Wohlthatseinrichtungen verknüpft seien.

Schließlich betonte Redner bezüglich der Koalitionsfreiheit der Arbeiter: In keinem anderen Gewerbe — nicht einmal im Bergbau — trete die Gegenseitigkeit von Arbeiterorganisationen so scharf hervor, wie im schweren Gewerbe der Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie.

Seine Ausführungen fasste Redner wie folgt zusammen: Aus der einen Seite ergibt sich ein glänzender Blick der Entwicklung der deutschen schweren Industrie. Technik und Massenproduktion hat derselben in verhältnismäßig kurzer Zeit den zweiten Platz unter allen Ländern der Welt verschafft.

Die Sanitäts- und hygienischen Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig und sind zum großen Teil der heutigen fortgeschrittenen Verhältnisse unwürdig. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mißachtet oder gewaltsam unterdrückt.

Aus eigener Kraft ist es ihnen nicht möglich, gegen die Uebermacht des Kapitals allein anzukämpfen. Die Arbeiter der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Holzwerke rufen heute die öffentliche Meinung auf zur Hilfe.

Zum Schluß erinnerte der Redner daran, daß der Kaiser am 31. August d. J. in Münster der Arbeiter der schweren Industrie gedachte mit den Worten: „Ich gedenke hierbei auch der Arbeiter, die in dem gewaltigen industriellen Unternehmungen vor dem Hochstolz und unter Lage im Stollen mit nerviger Kraft ihr Werk verrichten.“

Die Arbeiter der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Holzwerke vor aller Öffentlichkeit erhoben und mit Nachdruck unterstützt zu haben.

nommen, und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der Fürsorge festhalten an dem Grundsatz, die in der unvergänglichen Volksthat Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.“

Hierauf wurde die Diskussion eröffnet. Werner-Essen vom deutschen Grubensteiger-Verband brachte die Beschwerden vor den Kongreß, die er bei einem Empfang dem preussischen Handelsminister vortragen hat. Er bekräftigte seine Sympathie-Erklärung für die im ihr Koalitionsrecht kämpfenden Grubensteiger im Ruhr-Revier.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

Die Grubensteiger gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemargretelt worden. Gehalts-Zuschüsse hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken.

kautes nicht wärdig, daß man seine Bürger an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten verhin- dert. Man nimmt ihnen diese Rechte und gibt ihnen — wie es vorkommt — billige Kartoffeln oder allen möglichen Erbsen. Schlechte Löhne, schlechte Ernährung, schlechte Wohnungen müssen dazu führen, daß die späteren Generationen nicht mehr leistungs- fähig sind, für die schwere Industrie.

Die christlichen Organisationen machen gute Fort- schritte. Sie haben ein sehr gutes Knappschafts- statut erreicht zu einer Zeit, da man im Westen erst noch darum kämpfen, vielleicht streiten müsse.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Als nächsten Punkt nahm der Kongreß den Be- richt der Mandatsprüfungs-Kommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Preis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter.

Hütten- und Salinenwesen und in der Torfgräber- wucht die Zahl der (Fabrik-)Arbeiterinnen im Jahr- geburt 1896—1905 von 16 796 auf 16 934, in der Industrie der Steine und Erden von 47 253 auf 70 034, in der Metallverarbeitung von 41 002 auf 64 075, in der Maschinenindustrie von 13 326 auf 36 130, in der chemischen Industrie von 14 938 auf 20 455, in der Industrie für forstwirtschaftliche Neben- produkte von 4 602 auf 8 109, in der Textilindustrie von 371 971 auf 431 307, in der Papier- und Bedeu- industrie von 52 266 auf 74 097, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe von 17 199 auf 27 420, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 110 782 auf 156 847, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von 64 273 auf 229 980, im polygraphischen Gewerbe von 22 096 auf 37 928.

Die gewerbliche Frauenarbeit ist ein wachsende Größe. Das tritt nicht nur in der ständig steigenden Zahl der Arbeiterinnen zutage, sondern auch in der Beschäftigungsart. Wir finden Frauen und Mäd- chen in Biegeleien 27 612, in Glasbläuen 7 939, in Rundholzfabriken 3417, in Zinhtöpfen 1449. Man verwendet sie in Drahtziehereien, bei der Herstellung von Bleifarben und Melzuder, in Korbhaarspinnereien, Haar- und Wollenzurichtereien, in Gummiwaren- fabriken, Büchsen- und Rinselmachereien, Buchdruckereien und Schriftgießereien beschäftigten 25 399 Ar- beiterinnen.

Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von Jahr zu Jahr abso- lut und relativ unaußersam. Frauen, Mädchen jeden Alters, aus der Großstadt, aus der Mittel- und Kleinstadt, vom platten Lande, strömen in die Fabriken und in die Handindustrie. Vielfach und lehrreich sind die Gründe, die sie dazu bewegen. In den ver- schiedensten Schattierungen, je nachdem es sich um Verheiratete oder Unverheiratete, um Frauen und Mädchen aus städtischen oder ländlichen Bezirken handelt, klingt in den meisten Fällen das unerbitliche „Muß“ durch. Verheiratete Frauen, Witwen, Eheverlassene, Frauen der durch Krankheit oder In- validität erwerbsunfähig gewordenen Männer, Frauen von Arbeitsscheuen und Trunksüchtigen, alte Mütter, deren Kinder sie nicht unterstützen können oder wollen, zwingt der Selbsthaltungstrieb in die Fabriken.

Für viele Familien reicht der Verdienst des Mannes nicht aus (ungelehrte Arbeiter, Saisonarbeiter, wo große Kinderzahl und Unterstützung bedürftiger An- derer), da muß die Frau mitverdienen. Noch eine ganze Reihe von Gründen führen zu zeitweiliger und dauernder Ehefrauarbeit. Auch die Macht der Gewohnheit ist von nicht untergeordneter Bedeutung. Die Frage, warum diese Frauen den Fabrikhall, den stilleren hausindustriellen, hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Berührungen vorziehen, ist leicht aufzuweisen aber schwer zu beantworten. Eine ganze Reihe von Ursachen wirkt auch hier zusammen. Die Detailfrage, warum die Mädchen in der Großstadt, in der Mittelstadt teilweise, Mädchen aus Landstäb- chen und Dörfern zur Fabrik gehen, aus welchen Be- völkerungstreffen sie sich rekrutieren, kompliziert sich fortwährend unter den Augen des Beobachters. Ur- sache und Wirkung wechseln von Ort zu Ort.

Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von Jahr zu Jahr abso- lut und relativ unaußersam. Frauen, Mädchen jeden Alters, aus der Großstadt, aus der Mittel- und Kleinstadt, vom platten Lande, strömen in die Fabriken und in die Handindustrie. Vielfach und lehrreich sind die Gründe, die sie dazu bewegen. In den ver- schiedensten Schattierungen, je nachdem es sich um Verheiratete oder Unverheiratete, um Frauen und Mädchen aus städtischen oder ländlichen Bezirken handelt, klingt in den meisten Fällen das unerbitliche „Muß“ durch.

Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von Jahr zu Jahr abso- lut und relativ unaußersam. Frauen, Mädchen jeden Alters, aus der Großstadt, aus der Mittel- und Kleinstadt, vom platten Lande, strömen in die Fabriken und in die Handindustrie. Vielfach und lehrreich sind die Gründe, die sie dazu bewegen. In den ver- schiedensten Schattierungen, je nachdem es sich um Verheiratete oder Unverheiratete, um Frauen und Mädchen aus städtischen oder ländlichen Bezirken handelt, klingt in den meisten Fällen das unerbitliche „Muß“ durch.

### Die Arbeiterbewegung am Niederrhein.

III.

Was mühte es den freien Innungen, daß diese das Lehrlings- und Gesellenwesen regelten, sogar sich penätere Opfer auferlegten zu diesem Zweck, wenn die niedrigeren Arbeiter und Fabrikanten sich an solche Bedingungen nicht lehnten! Die vorhandenen Mitglieder der freien Innungen würden dann erst recht entmutigt werden zum Schaden jeglicher Or- ganisation. In dieser Stellungnahme hielten sich die Gegner der freien Arbeiterbewegungen insbesondere auch mit Rücksicht auf die widerwärtigen Klagen aus Fabrikantenkreisen über den behaupteten Mangel an einem einseitigen Vorgehen auf dieser Seite für berechtigt. Die Handelskammer hatte in ihren Berichten des letzten Jahres den Mangel an Einigkeit in den Kreisen der Fabrikanten beklagt und diesen Mangel mit verantwortlich gemacht für den weite- ren Niedergang in Gewerbe und vor allem für den Mangel an praktischen Reformvorschlägen. Auch die weitgehende Anteilnahme der Regierungsbehörden, die sie hinsichtlich der Organisation und Betätigung der freien Innungen vorzuziehen war, wurde vielfach mit Mißtrauen betrachtet; man wünschte zwar eine gesetzliche Ordnung, aber immerhin hier eine freie Selbstverwaltung, eine obligatorische Innung ohne bürokratische Bevormundung. Viele Geschäfts- punkte wurden in einer Denkschrift unter dem 4. Juli 1883 der Regierung zu Düsseldorf von mehr als 500 Webern, Webern, Drehtischen und seiner nächsten Umgebung mitgeteilt.

Die Gegenseite — die Befürworter des fort- wärtigen Fortschritts der Arbeiter in die freie Innung — machte geltend, daß keinesfalls die gesetzliche Ein- führung der Innungsbewegung in den nächsten Jahren zu erwarten sei, im Reichstag sei keine Majorität dafür zu gewinnen, auch in den Kreisen der Innungs- partei habe die Innungsbewegung Gegner. Den Ver- tretern eines Handwerks von dem Reichstag in eine Innung abhängig zu machen, sei nach Lage der ge-

werblichen Entwicklung praktisch undurchführbar das Handwerk würde dadurch nur zugunsten der Großindustrie verkümmern, schon der zu Ende der vierziger Jahre gemachte Versuch mit der Meister- prüfung sei an der Macht der Verhältnisse gescheitert; jede übermäßige Einengung der Beschäftigung von Handwebern würde die Entwicklung der mecha- nischen Weberei behindern; überdies mühte auch der ausländischen Konkurrenz, die solche Beschrän- kungen nicht kenne, künstlich getragen werden, da die Arbeiter der Innungen zu zwei Dritteln von auslän- dischen Märkten abhängig sei.

Die Stellung der Arbeiter-Handelskammer zur Innungsbewegung ist in der diesbezüglichen, für die Düsseldorf-Regierung bestimmten Entschlüsse der Kammer vom Jahre 1881 niedergelegt. Darin spricht sich die Handelskammer zwar für Innungen an den einzelnen Orten aus, weiß ihnen aber als Aufgabe nur die bessere Ausbildung des Lehrlings- wesens und die Einrichtung von Kranken-, Hilfs- und Sterbefällen, soweit solche nicht durch die Reichs- gesetz eine Regelung finden, von Spargassen und anderen Vorkehrungen zum Schutze gegen Not und Notstände zu. Eine Einseitigkeit ersetzte die Handelskammer für überflüssig und kann durchführ- bar, eine Meisterprüfung für völlig verfehlt. Die Fortentwicklung eines einseitigen Vorgehens dürfte — meinte damals die Handelskammer — ihnen (den Innungen) niemals gelingen. Die gewerbliche Stellung des Webermeisters würde der Einführung einer Arbeiterinnung vielleicht die größten Schwierig- keiten bereiten.

In der liberalen politischen Presse wurden sogar Stimmen laut, die nicht einmal einer freien Or- ganisation günstig waren, wenigstens nicht einer solchen, wie die Mitglieder der freien Innung sich dieselbe wünschen. So drachte die Arbeiter- Zeitung einen Artikel der Elberfelder Zeitung ab, in dem es unter anderem hieß: „Und was die freien Innungen betrifft, so erwidern wir diese nur erwidern zum Zweck der Innung durch Ver- bände zur gegenseitigen Unterstützung bei Not- fällen, Krankheit usw.“ Selbstbeschränkungen aller Art, Prüfungen, dekretierte Lehr- und Gesellenzeiten verwarf der Verfasser des Artikels; die Arbeiter sollten grundsätzlich dort heherzigen: „Wer Euch sagt, daß Ihr auf andere Weise als durch Fleiß und Spar- samkeit zum Wohlstand gelangt, der ist ein Lüg- ner.“ Und dieses Standpunkt mancher Fabri- kanten, der ja konsequent zu einer offenen Gegen- richtung aus gehen die von der Regierung und einem Teile der Weber geplante freien Innungen hätte führen müssen, hätte sich die liberale Presse auf die Seite der letzteren mehr aus Abneigung gegen ob- ligatorische als aus Liebe zu den neugegründeten freien Innungen und ihren Lohnbestrebungen. So erhielt der Kampf zum Teil ein politisches Gepräge. In der politischen Presse wurde es ein Kampf von Vertretern der liberalen Wirtschaftspolitik gegen die damaligen Befürworter ständiger Zwangsorganisa- tionen. Die allgemeine derzeitige innerpolitische Lage und die Konstellation der Parteiverhältnisse in unserem Industriegebiet waren mitentscheidend bei der Stellungnahme der einzelnen Faktoren zu der aus beschäftigten wirtschaftlichen Frage. Die Ar- beiter-Fabrikanten waren in ihrer überwiegenden Mehrzahl Anhänger der liberalen, die Arbeiter da- gegen meist Anhänger der Zentrumspartei. Der Kulturkampf hatte speziell in Kreisen überaus heftige Formen angenommen; unter dem frischen Eindruck dieses Kampfes stand man in katholischen Kreisen der Regierung mehr oder minder mißtraulich gegen- über; man befürchtete, daß die Innungen in ihrer damaligen Gestaltung politisch beeinflusst werden sollten, weil ihnen ein Staat ausgetrieben wurde, nach dessen Bestimmung die Vorstandswahlen von den politischen Behörden zu sein waren, weil fer- ner die von dem Weberbunde im Umverhältnis mit der Regierung herausgegebene Innungszeitung, Politik trieb. Das damalige Erwägungen die an sich schon in Innungskreisen vorhandene Unzufrieden- heit mit den freien Innungen zu einer politischen zeitweiligen Abgrenzung gegen die liberalen In- nungen, im Gegensatz zum, da auf der Innungs-

Seite ebenfalls die kirchenpolitischen Gegensätze den Verlauf der Debatte über die Innungsfrage beein- flussten. Zwischen der liberalen und der Zentrumsp- reise war der heftig geführte Streit mehr ein Kampf um Prinzipien, zwischen der Niederrheinischen Volks- zeitung sowie den auf ihrer Seite stehenden Webern und den Mitgliedern der freien Innung mehr ein Kampf um die Taktik, und zwar um die Taktik in dieser speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen, in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verschiedene Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- bedingten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Lei- tung der Zentrumspartei in Preßfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majori- tät derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in manche, noch im Original vorliegenden, an die Nie- derrheinische Volkszeitung gerichteten Schreiben aus Weberkreisen gezeigt. Die oben erwähnte Denks- schrift hatten viele Weber nur deshalb nicht unter- zeichnet, weil dieselbe nach ihrer Meinung noch zu sehr zu freien Innung hinneigte und viel zu ge- mäßig gewesen sei. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß eine anders gestellte Stellung- nahme der in Weberkreisen einflussreichen Nieder- rheinischen Volkszeitung die Bewegung ebenso hätte im Sinne der freien Innungen fördern können, wie die tatsächlich angenommene Haltung neben andern Faktoren die Entwicklung der freien Innungen ge- hemmt hat. Bis Ende 1883 war die Zahl der Seidenweberinnungen, dank dem Eingreifen der Landrats- und Bürgermeisterämter, zwar auf 40 geblieben, die Zahl der Mitglieder betrug gleichwohl trotzdem 4500, so schätzte sie derselbe Regierungsrat Feenig, der die gleiche Mitgliederzahl schon im Jahr 1883 angegeben hatte. (Fortf. folgt.)

Mit der Feststellung dieser Eigenschaften der weiblichen Arbeitskraft ist die Frage nicht erschöpft, warum den Unternehmern diese Arbeitskraft so begehrenswert erscheint. Da ergeben sich noch eine ganze Reihe anderer Gesichtspunkte. Wohl mag Mangel an männlicher Arbeitskraft mitbestimmend sein, ausschlaggebend ist in den meisten Fällen die Billigkeit und größere Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiterinnen. Das war jener erste Grund zu ihrer Einstellung; er hat bis heute nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Wie anders erklären wir uns die Erscheinung, daß man immer wieder und immer mehr versucht, Arbeiterinnen solche Berrichtungen zu übertragen, die von jeder Männerarbeit waren und ihrer Natur nach bleiben müßten?

Die Tatsache, daß Frauen und Mädchen in der Industrie - Fabrik und Heimarbeit - in so großem Umfange beschäftigt sind, macht nicht den tiefsten Inhalt der Arbeiterinnenfrage aus. Bearbeitet hat die Frau ja immer. Sie sind Begleitumstände ins Auge zu fassen, unter denen die moderne Erwerbsarbeit der Frauen vor sich geht. Die moderne Fabrikarbeit ist an sich schon mit mannigfachen Gefahren für Körper und Geist verbunden - Gefahren, die aus der Verfassung des Arbeitsraumes, der Art der Arbeit und der Umgebung, in der sie geleistet wird, resultieren können. Auch heute noch finden sich alte Fabriken mit engen niedrigen Räumen und schlechter Ventilation. In Textilfabriken und Buchbindereien bedarf es hoher Temperatur. Mit Gasen, Dämpfen, Wasserdampf, Staub, in manchen Fällen in Holzstaub, wachsenden in manchen Zweigen der Holzindustrie vorherrschend. In Backfabriken, Färbereien, Fälschbereiungsbetrieben leiden die Leute unter der Hitze. In Pumpenfabriken, Textil- und Tabakfabriken ist das Arbeiten von Staubentwicklung begleitet. Die Art der Arbeit ist eine viel intensiver geworden. Die Bedienung der rasenden Maschinen stellt große Ansprüche an die Nervenkraft. Inzuzugerechnet durch Aufhängen (Möbelpoliermaschinen), Sanieren mit giftigen Substanzen haben gesundheitliche Schäden mit sich in Folge. - Dem Zusammenarbeiten mit rohen, scharfen verkommenen Arbeitskollegen kann sich der Fabrikarbeiter nicht immer entziehen. Die hausindustrielle Tätigkeit vollzieht sich unter noch ungünstigeren Umständen. In ein und demselben Raum wird vielfach gearbeitet, gewohnt, gekocht, gegessen, viel auch geschlafen. Und was für Arbeiten? Fieberhafte Tätigkeit an der Nähmaschine, Strick- und Seidmaschine, Verfertigung von Zigarren, von Spielwaren. Dabei die Ausdünstungen der Stoffe, die heiße Luft, der beizende Staub, der Lärm und Lärm. Wie muß unter all diesen schädigenden Einflüssen der Fabrikarbeiter und der hausindustriellen Tätigkeit der weniger widerstandsfähige Organismus des weiblichen Geschlechts ergriffen werden?!

Die Beobachtungen, die anlässlich der Erhebungen über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen (1902) gemacht worden sind, lassen über Umfang und Charakter gesundheitschädigender Einwirkungen einen Zweifel nicht bestehen. Von ungeheurer Tragweite sind auch die geistig-sittlichen Gefahren, speziell unter Berücksichtigung ihrer Einwirkung auf die heranwachsende weibliche Jugend. Man muß das Leben in der Fabrik mit gemischtem Personal kennen, um die voll wärdigen zu können, und eine der dümmsten Seiten der Frauenverwerdung dürfte ihre Einwirkung auf den Verfall der Frau als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin sein. Wenn heute bittere Klagen darüber geführt wird, daß Arbeiterfrauen, die nicht in haushalten verkehren, für Kinderpflege und Kindererziehung wenig Lust und Verständnis haben, so möge man nicht allein Steine auf die Arbeiterin werfen, sondern sie als Produkt eines bestimmten Entwicklungsstadiums betrachten. Das Mädchen, das zur Fabrik kommt, kann nicht die Hausfrau und Mutter werden, die wir nötig haben. Die moderne Erwerbsarbeit zwingt aber in ihren Wirkungen nicht nur die Mütter, sondern auch deren Kinder, unsere Arbeiterjugend, die dazu bestimmt sein sollte, das Werk weiterzuführen, das wir begonnen haben.

Die männliche Arbeiterkraft kann nicht umhin, bei dem Zusammenhange der Arbeiterinnenfrage mit der Arbeiterfrage überhaupt bemüht zu werden. Sie muß mithelfen, daß durch Gesetzgebung, Caritas und Selbsthilfsbestrebungen die Lage der Arbeiterinnen eine bessere wird. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb der weiblichen Gewerbetätigen müssen insbesondere gefördert werden. Der seitens der christlich-nationalen Arbeiterkraft hierin noch fehlende Bestimmung ist nicht angebracht. Wir haben bereits schöne Erfolge erzielt, wir werden weitere erzielen, wenn wir systematische und die gesamte der Arbeiterinnen besser berücksichtigende Organisationsarbeit herausarbeiten. Hand in Hand mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen muß sich die geistig-sittliche Erziehung unserer Arbeiterinnen in selbstständigen Arbeiterinnenvereinen vollziehen.

Die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Arbeiterbewegung leidet keinen Aufschub mehr. Erkennen wir den Ernst der Zeit und die neuen Aufgaben, die sie uns stellt. Es begann dann eine längere Besprechung über die Arbeiterinnenfrage, an der sich u. a. beteiligten Frau Christine Wolff-Dresden, Hartwig-Berlin, Frau Nagel-Berlin, Frau Bachmann-Wienigjena, Fraulein Bernhard-München und andere. Hierzu liegen folgende

**Anträge**  
Von der Berichterstatterin der folgende: Der Kongress fordert die Arbeiterorganisationen auf, sich als bisher der Arbeiterinnenbewegung anzuschließen, besonders ihre Organisation in Ständevereinen zu fördern und durch Anstellung von Sekretarinnen auch in den gemischten Organisationen die Berücksichtigung der weiblichen Eigenart zu ermöglichen. Von der Gesetzgebung verlangt der Kongress 1. den Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechtes dahingehend, daß den Arbeiterinnen die Wahrnehmung ihrer sozialpolitischen Interessen uneingeschränkt gewährleistet werde, 2. Verbesserung der Arbeitszeit; 3. obligatorische Fortbildungsschulen, verbunden mit Hauswirtschaftslehre für jugendliche Arbeiterinnen; 4. erweiterten Recht der verheirateten Frauen und Wöchnerinnen; 5. Vermehrung der weiblichen Beamten in der Gewerbeinspektion; 6. Vertiefung des Wahlrechts an Arbeiterinnen für die bestehenden und noch zu errichtenden sozialen Institutionen (Gewerbegerichte, Arbeitsämter usw.); 7. geistliche Schulpflicht der Arbeiterinnen- und Hausindustriellen; 8. Schaffung eines weiblichen Gesundheitsrechtes. - Fraulein Behm bringt

eine Resolution über die Heimarbeit ein (Forderungen 1. Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Berufsgesetzgebung, 2. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie, Einführung der Wohnungsinpektion, heides mit gleichzeitiger Vermehrung der weiblichen Beamten, 3. Schaffung von Instanzen als Einigungs- oder Tarifämter für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie mit Verhandlungsbefugnis für beide Interessentengruppen).

Die Redaktionskommission hat über die eingebrachten Resolutionen beraten und beschlossen, folgende sechs Resolutionen dem Kongress zur Annahme zu empfehlen. Dieselben gelangen der Reihe nach zur Abstimmung und Annahme. Die Resolutionen lauten: I. betreffend obligatorische Einführung des Verhältniswahlrechts.

Der zweite deutsche Arbeiterkongress konstatiert, daß das Verhältniswahlrecht, soweit es bisher bei Kantonsparlamenten und Gewerbegerichten eingeführt ist, sich durchaus bewährt hat. Der Kongress erwartet von der Reichsgesetzgebung die baldige obligatorische Einführung des Verhältniswahlrechts für alle sozialen Wahlen auf den Gebieten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes.

II. betreffend die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften. Der zweite deutsche Arbeiterkongress möge beschließen: Der Kongress erhebt entschiedenen Einspruch gegen die in den meisten deutschen Bundesstaaten vorhandene Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften und erklärt: 1. Der Kongress verlangt für die Konsumgenossenschaften keine Bevorzugung, sondern nur eine Gleichstellung in rechtlicher und steuerlicher Beziehung mit den anderen Genossenschaften, mit denen sie in wahren Wirkungen und Zielen wesentlich gleich sind.

2. Die staatliche und kommunale Förderung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften einerseits und die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften andererseits ist um so mehr geeignet, Erörterung zu erregen, da den letzteren zum weitestgrößten Teile Mitglieder der arbeitenden Stände als Mitglieder angehören, welche einerseits einer Erhöhung ihrer Kaufkraft am meisten bedürfen, andererseits aber auch schon durch direkte und indirekte Steuern in Verhältnis zu den anderen Ständen belastet sind.

3. Der Kongress erachtet es deshalb als unbedingt erforderlich, daß die Gesetzgebung eine Rechtsgleichstellung aller Genossenschaftsarten herbeiführt. III. betreffend Reichsberggesetz. Der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongress verlangt im Interesse einer einheitlichen Arbeitverfassung: Arbeiterrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterrecht (Arbeitverfassung) sowie mit Rücksicht auf die unzufriedenstellenden Ergebnisse der letzten Reform des Bergarbeitergesetzes und der Knappschaftskassen im preussischen Landtage die Regung der Bergarbeiterverhältnisse durch ein Reichsberggesetz.

IV. betreffend Reichsvereinsgesetz. Der zweite deutsche Arbeiterkongress erneuert die Stellungnahme des Frankfurter Kongresses zur Frage eines Reichsvereinsgesetzes und erwartet eine so freiheitliche Gestaltung der von den verbündeten Regierungen offiziell angelegten Vorlagen, daß sie eine ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung sichert und auch den Angestellten des Staates das Organisationsrecht gewährleistet.

V. betreffend „Gelbe Gewerkschaften“. Der zweite deutsche Arbeiterkongress erklärt sich als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck gegen die unter dem Sammelnamen „Gelbe Gewerkschaften“ bekannten Vereinigungen, die in der Regel im Interesse der Unternehmer gegründet und von diesen abhängig sind. Diese Organisationen können den Arbeitern statt größerer wirtschaftlicher Vorteile und staatsbürgerlicher Freiheiten nur Abhängigkeit, statt Sicherung der Arbeiterrechte höchstens Wohlthaten bieten, und an Stelle der Erziehung der Arbeiterkraft zum Standesbewußtsein, zur Selbstständigkeit und Selbsthilfe werden durch die „gelben“ Vereinigungen wehrlose und daher stets willfährige Hilfstruppen der Unternehmer geschaffen.

Diese „gelben“ Organisationen aller Art sind daher als Zwitwergbildungen anzusehen, welche die ideellen und materiellen Interessen der Arbeiterkraft nur empfindlich schädigen. Die Kongressmitglieder sind überzeugt, daß die gelben Organisationsgebilde wegen ihrer reaktionären Tendenzen den nationalen Interessen des deutschen Vaterlandes keineswegs förderlich sein können. Nur charaktervolle, zum selbstständigen Denken erzogene vaterländisch gesinnte Arbeiter können als Staatsbürger den modernen Anforderungen der Nation und den Interessen der allgemeinen Volkswohlfahrt Genüge leisten.

Der Kongress fordert daher die ihm angegeschlossenen Organisationen auf, die sogenannten „gelben“ Arbeitervereinigungen scharf zu überwachen und vor allem ihrem weiteren Vordringen durch Festigung und Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen.

VI. betreffend Verschlechterung der Arbeiterversicherung. Der Kongress protestiert mit Entschiedenheit gegen die Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeiterversicherung, wie sie in der Forderung nach Beilegung der kleinen Renten bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesellschaft zutage treten und von einzelnen landwirtschaftlichen Organisationen gefordert werden. Die Abschaffung der kleinen Renten bis zu 25 Prozent, selbst bis 33 Prozent, wie es verschiedene landwirtschaftliche Organisationen verlangt haben, bedeutet nicht nur eine Schädigung der ländlichen Arbeiter, sondern ebenso der kleinen und mittleren Bauern. Derartige Maßnahmen sind höchstens geeignet, die Landwirtschaft zu fördern und die Landwirtschaft selbst in Mitleidenschaft zu ziehen.

Der Kongress spricht die Erwartung aus, daß die Regierung und die Parteien des Reichstages diesen Bestrebungen nicht nur keine Folge geben, sondern die Ausnahmestellung der ländlichen Arbeiter in der sozialen Gesetzgebung beseitigen helfen werden, vor allem durch Einbeziehung derselben in die Krankenversicherung und Gewährung des Koalitionsrechtes. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Kongress wählte seinen Ausschuss wieder, neu hinzu Herrn Dauer vom bayerischen Eisenbahnerverbande. Darauf hielt der Vorsitzende Stegerwald eine Schlussrede. Er dankte auch der Reichs- und preussischen Staatsregierung, die diesmal zum ersten Male Minister zu den Verhandlungen geschickt habe. Wir hoffen, daß die Herren manche Anregungen angenommen

haben, die zur gesetzgeberischen Verwirklichung reif sind. Unser Programm hat eine bedeutende Erweiterung erfahren, wie unsere Verhandlungen zeigen. Man hat unseren Kongress mit bestimmten politischen Strömungen in Verbindung gebracht. Mit Unrecht! Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiter-Kongress. Aus diesem Grunde hat der Ausschuss und die Reaktionskommission auch die Behandlung der Wahlrechtsfrage für nicht tunlich erachtet. Wie die Mehrzahl von uns darüber denkt, darüber besteht ja kein Zweifel. Aber auf politische Dinge legen wir uns nicht. Wir haben gezeigt, daß wir eine selbstständige Arbeiterorganisation sind. Angriffe auf diese Selbstständigkeit weisen wir scharf zurück. Unsere Verhandlungen haben unseren Fortschritt gezeigt und den guten Geist unserer Bewegung. Mögen die bürgerlichen Parteien mithelfen, die Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft einzugliedern. Der Medner schloß mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Der Kongress hatte sich erhoben und sang „Deutschland, Deutschland über alles!“ Darauf wurde der Kongress geschlossen.

**Aus dem Verbandsgebiete.**  
Weidburg. Am 20. Okt. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Müllgen-Vorort referierte. Er hielt einen sehr interessanten Vortrag über Arbeiterschutze und zeigte an Hand von Beispielen, wieviel Schaden den Arbeitern erwachse, weil sie nicht genügende Kenntnis dieser bestehenden Gesetze besitzen. Er betonte, daß die Arbeiterschutze einen großen Segen für die deutsche Arbeiterschaft seien, jedoch würde diese segensreiche Wirkung noch vielfach verkannt. Er empfahl den Arbeitern die Selbstschulung, damit sie mit diesen Gesetzen vertraut würden. Dann betonte er weiter, daß diese Gesetze noch sehr des Ausbaues bedürften. Es sei zu erziehen der gesetzlich festgesetzte Maximalarbeitszeit von 10 Stunden. Viele Arbeitgeber hätten bereits eine noch kürzere Arbeitszeit zur Einführung gebracht und damit gute Erfolge erzielt. Dann ging Medner auf die Notwendigkeit der Organisation über und betonte, wenn der Arbeiter an der Besserstellung seines Standes mitwirken wolle, müsse er sich organisieren, und dabei könne für Weidburg nur die christliche Gewerkschaft in Betracht. Mit Freuden begrüßte Medner die vor kurzem erfolgte Gründung des kath. Arbeitervereins, wo die Arbeiter die nötige Schulung erhalten würden. Nachdem Herr Adam Helfenstein ein selbst erlebtes warnendes Beispiel mitgeteilt, woraus zu ersehen, wieviel riesige Summen dem Arbeiter durch Unkenntnis der Gesetze verloren gehen, gab er seiner Bemerkung über die Ausführungen des Vortragedes bereiten Ausdruck. Darauf forderte Kollege Müllgen die Anwesenden auf, für den christlichen Textilarbeiterverband zu agitieren, damit die Ortsgruppe wieder auf die alte Höhe komme. (Dieser Aufforderung ist bereits Folge geleistet, indem schon in den letzten Tagen eine große Anzahl dem Verbands beigetreten sind).

Wittenberg. Nachdem schon seit längerer Zeit die hiesigen organisierten Textilarbeiter der Ortsgruppe Coesfeld angeschlossen waren, haben wir uns jetzt als selbständige Ortsgruppe konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Karl Jahn gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Labrol und zum Kassierer Kollege Meyer bestimmt.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist jetzt an uns zu zeigen, daß wir, nachdem wir uns erst spät zur Organisation durchgerungen haben, doch ein lebendiges Reiz am Gewerkschaftsbau sein wollen. Beiden Dank sagen wir auch den Coesfelder Kollegen, die uns bisher so getreu zur Seite gestanden haben. Hoffentlich wird auch in Zukunft ein gleich gutes Verhältnis bestehen können.

Weske-Wilke. Unsere am 25. Okt. abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand unter Punkt eins: „Ersatz- oder Ergänzungsmacht des Vorstandes.“ Es wurden gewählt: Kollege Henke als erster Vorsitzender, Kollege Wink als zweiter Vorsitzender, Kollege Schulze als erster Schriftführer, Kollege Müller als zweiter Schriftführer, Kollege Frenk als Stellvertreter des Kassierers. Sämtliche Kollegen erklärten, die Wahl anzunehmen. Punkt zwei, Kassenbericht vom dritten Quartal. Nach der Erklärung des Kassierers Horstfütter, Bücher und Kasse geprüft und in Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Punkt drei, Bericht des Agitationskomitees. Kollege Schläter gab einen kurzen Tätigkeitsbericht. Es wurden dann noch vier Kollegen hinzugewählt und zwar die Kollegen August Lüder, August Rosenhäger, August Müller und Feinr. Horstfütter. Kollege Schläter berichtete in kurzen Worten über die im Kartell verhandelten Punkte. Sodann wurde über die Anknüpfung der Lohnbücher gesprochen. Auch Kollege Hippe-Follenbeck sprach über die Notwendigkeit und den Nutzen dieser Bücher. Ferner wurde den Versammelten die Benutzung der Bibliothek sehr empfohlen. Sodann wurde ein Beschluß gefaßt bezüglich unentschuldigtes Fernbleiben von den Versammlungen. Da nun soweit alles erledigt war, nahm Kollege Hippe-Follenbeck das Wort und verbreitete sich zunächst über aktuelle Fragen der christlichen Arbeiterbewegung; im weiteren besprach er die Agitation. Kollege Henke ergänzte diese Ausführungen und schloß dann die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften.

Vertrag. Am 20. Okt. hielten wir unsere Monatsversammlung ab. Nach erfolgter Rechnungsablage durch den Kassierer wurde demselben auf Antrag der Revisoren von der Versammlung Entlastung erteilt. Die Stellungnahme des Verbandes bezüglich des Verhaltens des Ausschusses einer Firma wurde nach einer lebhaften Debatte auf Antrag eines Mitgliedes bis Februar vertagt. Zur Erhebung der Bibliothekbeiträge für den Monat Oktober wurde der Kollege Fr. Weidenbrücker gewählt.

NB. Am 10. November wird eine öffentliche Versammlung bei Herrn Justus Tordel stattfinden, in welcher auswärtige Medner sowie eine Referentin sprechen werden. Für diese Versammlung muß schon jetzt eifrig agitiert werden.

Dülmen. Am 16. Okt. tagte hier eine große öffentliche Versammlung. Dieselbe erfreute sich eines guten Besuches. Doch hätte dieselbe von Seiten der Arbeiterinnen besser sein können. Den Vorsitz führte der zweite Vorsitzende Kollege Beyer, welcher den Ertrichenen für den guten Besuch dankte. Nach einem kurzen Rückblick auf den Gang unserer Ortsgruppe erteilte er der Referentin, Fraulein Graf-M.-St.-Obach, das Wort. Dieselbe

sprach über die Bedeutung der Organisation für Arbeiterinnen. In ihrem Vortrage betonte Mednerin von den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften besonders die geistige und sittliche Hebung ihrer Mitglieder. Mednerin bemerkte, daß um diesen einen Punkt schon jede Arbeiterin Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes sein müsse. Zum Schluß forderte Mednerin die Anwesenden zu einer regen Agitation auf, ganz besonders unter den Arbeiterinnen, damit diese der Organisation zugeführt würden. In der darauf folgenden Diskussion forderte der Kollege Sparrenberg-Bronau zur tüchtigen Kleinagitation auf, da diese am erfolgreichsten sei. Dann sprach Fr. Graf das Schlusswort. In demselben forderte sie die anwesenden Arbeiterinnen auf, sich dem Verbands anzuschließen, um mit den männlichen Kollegen Schalter an Schalter für die Erreichung der Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu kämpfen. Nachdem noch Kollege Beyer die Mednerin für ihren interessanten Vortrag gedankt, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Eilenburg. 25. Okt. Der Vorstand der hiesigen christlichen Gewerkschaften hatte auf den 24. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Anwesenden wurden vom Kollegen Kapshof begrüßt, worauf die Mednerin des Abends, Fraulein Barbara Graf aus W.-Glabbach, das Wort erhielt zu ihrem Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiter, und welches Interesse hat insbesondere die Arbeiterin an der gewerkschaftlichen Organisation.“ Die Mednerin gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Wege, die sie zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eingeschlagen hat. Wenn die Arbeiterschaft zunächst eine Verbesserung der Wohnverhältnisse anstrebe, so sei diese vollkommen berechtigt und werde vollkommen wieder durch die teuren Lebensverhältnisse der jetzigen Zeit bedingt. Nach Schluß dieses mit Beifall aufgenommenen Referates erhaltete Gewerkschaftssekretär Kümmele aus Greiz einen umfassenden Bericht über den kürzlich in Berlin abgehaltenen zweiten deutschen Arbeiterkongress, dem er einige Mitteilungen über den Umfang der am Kongress beteiligten gewerkschaftlichen Verbände voraussagte. Auch hierauf folgte eine kurze Debatte, in der u. a. Kollege Schurab ebenso wie zum ersten Vortrage seine Anerkennung den auf dem Kongress gefaßten Beschlüssen gegenüber ausdrückte. Das Schlusswort sprach darauf Fraulein Graf, die hierbei besonders auf die Arbeiterinnenbewegung einging. Ihre weiteren Ausführungen widmete sie den sogenannten „gelben“ Gewerkschaften, die sie als eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung ansehe, und den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie schloß mit der warmen Aufforderung an die Frauen, ihre Männer in der christlichen Arbeiterbewegung ebenfalls zu unterstützen. Auch hierfür wurde sie durch reichen Beifall belohnt, und es ist nur zu bedauern, daß ihre warmen Worte nicht von einem größeren Teile der hiesigen Arbeiterschaft gehört werden konnten. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Eupen. Aus Mitgliederkreisen wird uns geschrieben: Manche im Gewerkschaftsleben tätigen Kollegen und Kolleginnen werden gewiß schon mit dem Einsender dieses die traurige Erfahrung gemacht haben, daß es in Eupen einzelne Meister und Angestellte gibt, die es nicht unterlassen können, sich noch oben in empfehlende Erinnerung zu bringen, die Arbeiter- und namentlich die organisierten, zu verächtlichen und zu drangsalieren. Wir sagen ausdrücklich: es gibt einzelne Meister und Angestellte, die so handeln. Wir wollen keineswegs in Abrede stellen, daß die Mehrheit der Meister und Angestellten mit ihren Untergebenen gut auskommt, daß sie nicht bloß für sich selbst das Recht der Koalition in Anspruch nehmen und es den Arbeitern verweigern. Das überhebt uns aber nicht der Pflicht, denjenigen Herren gegenüber, die gegen Arbeiter und Arbeiterinnen alle Mittel in Anwendung bringen, um sie am Gebrauche des selben Rechts zu verhindern, die Flucht in die Dossentlichkeit zu nehmen. Gelingt es ihnen nicht, die Arbeiter zu bewegen, aus der Organisation auszutreten, dann werden beim Prinzipal oder Direktor die Betreffenden als minderwertig gegen andere „Zufriedene“ zurückgesetzt. Kommt es doch vor, daß Arbeiter, die lange Jahre zur vollen Zufriedenheit des Prinzipals gearbeitet haben, auf einmal als schlecht und minderwertig bezeichnet werden, nur weil sie dem Meister gegenüber auf ihrem guten Recht bestanden. Solche Meister und Angestellte vergessen nur zu leicht, daß sie gerade durch die Kenntnisse der alten erfahrenen Arbeiter in die Lage versetzt wurden, ihre Stelle zu behaupten. Manchem ist natürlich die Erinnerung an die Kricken, die man so lange benötigte, unangenehm, deshalb sucht man auf solche Art und Weise sie aus der Nähe zu bringen. Hoffentlich werden diese Zeilen verstanden, denn mit solchen Mitteln kann man der Organisation nicht mehr Halt gebieten, wohl könnte das Gegenteil eintreten von dem, was man gewollt. In einer hiesigen Zuschauersitzung ist die Stimmung durch einen der hier gelanzten Meister derart erbittert, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn das Glas nächstens zum Ueberlaufen kommt. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch zusammen, fort mit der Laubheit und den Vorurteilen, und wir werden auch solchen Herren gelegentlich die richtige Antwort erteilen können!

Gera. Am 25. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Camps aus Münster sprach über: „Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterkraft und warum muß dieselbe sich auf christlicher und nationaler Grundlage organisieren?“ Der Medner entledigte sich seiner Aufgaben in fast zweistündigem Vortrage zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Dies bewies auch am Ende der lebhafteste Beifall. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, treu zu unserer Sache zu stehen, schloß der Medner seine Ausführungen. Da sich niemand zur Diskussion meldete, wurde die Versammlung nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Camps geschlossen.

NB. Unsere Mitglieder von Gera aber sollten durch pünktlichen und fleißigen Besuch unserer Versammlungen, vor allen Dingen wenn fremde Medner gewonnen sind, einmal zeigen, daß sie es zu schätzen wissen, christliche Gewerkschaftler zu sein. Es genügt tatsächlich nicht, daß man so mit knapper Nähe und Not seine Verbandsbeiträge entrichtet. Steht doch in unserem Programm, daß wir unseren Arbeiterstand auch geistig heben wollen. Wie soll solches geschehen, wenn so viele Kollegen keine Versammlungen besuchen und Gemeinschaft halten mit

haben, die zur gesetzgeberischen Verwirklichung reif sind. Unser Programm hat eine bedeutende Erweiterung erfahren, wie unsere Verhandlungen zeigen. Man hat unseren Kongress mit bestimmten politischen Strömungen in Verbindung gebracht. Mit Unrecht! Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiter-Kongress. Aus diesem Grunde hat der Ausschuss und die Reaktionskommission auch die Behandlung der Wahlrechtsfrage für nicht tunlich erachtet. Wie die Mehrzahl von uns darüber denkt, darüber besteht ja kein Zweifel. Aber auf politische Dinge legen wir uns nicht. Wir haben gezeigt, daß wir eine selbstständige Arbeiterorganisation sind. Angriffe auf diese Selbstständigkeit weisen wir scharf zurück. Unsere Verhandlungen haben unseren Fortschritt gezeigt und den guten Geist unserer Bewegung. Mögen die bürgerlichen Parteien mithelfen, die Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft einzugliedern. Der Medner schloß mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Der Kongress hatte sich erhoben und sang „Deutschland, Deutschland über alles!“ Darauf wurde der Kongress geschlossen.

**Aus dem Verbandsgebiete.**  
Weidburg. Am 20. Okt. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Müllgen-Vorort referierte. Er hielt einen sehr interessanten Vortrag über Arbeiterschutze und zeigte an Hand von Beispielen, wieviel Schaden den Arbeitern erwachse, weil sie nicht genügende Kenntnis dieser bestehenden Gesetze besitzen. Er betonte, daß die Arbeiterschutze einen großen Segen für die deutsche Arbeiterschaft seien, jedoch würde diese segensreiche Wirkung noch vielfach verkannt. Er empfahl den Arbeitern die Selbstschulung, damit sie mit diesen Gesetzen vertraut würden. Dann betonte er weiter, daß diese Gesetze noch sehr des Ausbaues bedürften. Es sei zu erziehen der gesetzlich festgesetzte Maximalarbeitszeit von 10 Stunden. Viele Arbeitgeber hätten bereits eine noch kürzere Arbeitszeit zur Einführung gebracht und damit gute Erfolge erzielt. Dann ging Medner auf die Notwendigkeit der Organisation über und betonte, wenn der Arbeiter an der Besserstellung seines Standes mitwirken wolle, müsse er sich organisieren, und dabei könne für Weidburg nur die christliche Gewerkschaft in Betracht. Mit Freuden begrüßte Medner die vor kurzem erfolgte Gründung des kath. Arbeitervereins, wo die Arbeiter die nötige Schulung erhalten würden. Nachdem Herr Adam Helfenstein ein selbst erlebtes warnendes Beispiel mitgeteilt, woraus zu ersehen, wieviel riesige Summen dem Arbeiter durch Unkenntnis der Gesetze verloren gehen, gab er seiner Bemerkung über die Ausführungen des Vortragedes bereiten Ausdruck. Darauf forderte Kollege Müllgen die Anwesenden auf, für den christlichen Textilarbeiterverband zu agitieren, damit die Ortsgruppe wieder auf die alte Höhe komme. (Dieser Aufforderung ist bereits Folge geleistet, indem schon in den letzten Tagen eine große Anzahl dem Verbands beigetreten sind).

Wittenberg. Nachdem schon seit längerer Zeit die hiesigen organisierten Textilarbeiter der Ortsgruppe Coesfeld angeschlossen waren, haben wir uns jetzt als selbständige Ortsgruppe konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Karl Jahn gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Labrol und zum Kassierer Kollege Meyer bestimmt.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist jetzt an uns zu zeigen, daß wir, nachdem wir uns erst spät zur Organisation durchgerungen haben, doch ein lebendiges Reiz am Gewerkschaftsbau sein wollen. Beiden Dank sagen wir auch den Coesfelder Kollegen, die uns bisher so getreu zur Seite gestanden haben. Hoffentlich wird auch in Zukunft ein gleich gutes Verhältnis bestehen können.

Weske-Wilke. Unsere am 25. Okt. abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand unter Punkt eins: „Ersatz- oder Ergänzungsmacht des Vorstandes.“ Es wurden gewählt: Kollege Henke als erster Vorsitzender, Kollege Wink als zweiter Vorsitzender, Kollege Schulze als erster Schriftführer, Kollege Müller als zweiter Schriftführer, Kollege Frenk als Stellvertreter des Kassierers. Sämtliche Kollegen erklärten, die Wahl anzunehmen. Punkt zwei, Kassenbericht vom dritten Quartal. Nach der Erklärung des Kassierers Horstfütter, Bücher und Kasse geprüft und in Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Punkt drei, Bericht des Agitationskomitees. Kollege Schläter gab einen kurzen Tätigkeitsbericht. Es wurden dann noch vier Kollegen hinzugewählt und zwar die Kollegen August Lüder, August Rosenhäger, August Müller und Feinr. Horstfütter. Kollege Schläter berichtete in kurzen Worten über die im Kartell verhandelten Punkte. Sodann wurde über die Anknüpfung der Lohnbücher gesprochen. Auch Kollege Hippe-Follenbeck sprach über die Notwendigkeit und den Nutzen dieser Bücher. Ferner wurde den Versammelten die Benutzung der Bibliothek sehr empfohlen. Sodann wurde ein Beschluß gefaßt bezüglich unentschuldigtes Fernbleiben von den Versammlungen. Da nun soweit alles erledigt war, nahm Kollege Hippe-Follenbeck das Wort und verbreitete sich zunächst über aktuelle Fragen der christlichen Arbeiterbewegung; im weiteren besprach er die Agitation. Kollege Henke ergänzte diese Ausführungen und schloß dann die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften.

Vertrag. Am 20. Okt. hielten wir unsere Monatsversammlung ab. Nach erfolgter Rechnungsablage durch den Kassierer wurde demselben auf Antrag der Revisoren von der Versammlung Entlastung erteilt. Die Stellungnahme des Verbandes bezüglich des Verhaltens des Ausschusses einer Firma wurde nach einer lebhaften Debatte auf Antrag eines Mitgliedes bis Februar vertagt. Zur Erhebung der Bibliothekbeiträge für den Monat Oktober wurde der Kollege Fr. Weidenbrücker gewählt.

NB. Am 10. November wird eine öffentliche Versammlung bei Herrn Justus Tordel stattfinden, in welcher auswärtige Medner sowie eine Referentin sprechen werden. Für diese Versammlung muß schon jetzt eifrig agitiert werden.

Dülmen. Am 16. Okt. tagte hier eine große öffentliche Versammlung. Dieselbe erfreute sich eines guten Besuches. Doch hätte dieselbe von Seiten der Arbeiterinnen besser sein können. Den Vorsitz führte der zweite Vorsitzende Kollege Beyer, welcher den Ertrichenen für den guten Besuch dankte. Nach einem kurzen Rückblick auf den Gang unserer Ortsgruppe erteilte er der Referentin, Fraulein Graf-M.-St.-Obach, das Wort. Dieselbe

sprach über die Bedeutung der Organisation für Arbeiterinnen. In ihrem Vortrage betonte Mednerin von den Aufgaben der christlichen Gewerkschaften besonders die geistige und sittliche Hebung ihrer Mitglieder. Mednerin bemerkte, daß um diesen einen Punkt schon jede Arbeiterin Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes sein müsse. Zum Schluß forderte Mednerin die Anwesenden zu einer regen Agitation auf, ganz besonders unter den Arbeiterinnen, damit diese der Organisation zugeführt würden. In der darauf folgenden Diskussion forderte der Kollege Sparrenberg-Bronau zur tüchtigen Kleinagitation auf, da diese am erfolgreichsten sei. Dann sprach Fr. Graf das Schlusswort. In demselben forderte sie die anwesenden Arbeiterinnen auf, sich dem Verbands anzuschließen, um mit den männlichen Kollegen Schalter an Schalter für die Erreichung der Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu kämpfen. Nachdem noch Kollege Beyer die Mednerin für ihren interessanten Vortrag gedankt, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Eilenburg. 25. Okt. Der Vorstand der hiesigen christlichen Gewerkschaften hatte auf den 24. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Anwesenden wurden vom Kollegen Kapshof begrüßt, worauf die Mednerin des Abends, Fraulein Barbara Graf aus W.-Glabbach, das Wort erhielt zu ihrem Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiter, und welches Interesse hat insbesondere die Arbeiterin an der gewerkschaftlichen Organisation.“ Die Mednerin gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Wege, die sie zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eingeschlagen hat. Wenn die Arbeiterschaft zunächst eine Verbesserung der Wohnverhältnisse anstrebe, so sei diese vollkommen berechtigt und werde vollkommen wieder durch die teuren Lebensverhältnisse der jetzigen Zeit bedingt. Nach Schluß dieses mit Beifall aufgenommenen Referates erhaltete Gewerkschaftssekretär Kümmele aus Greiz einen umfassenden Bericht über den kürzlich in Berlin abgehaltenen zweiten deutschen Arbeiterkongress, dem er einige Mitteilungen über den Umfang der am Kongress beteiligten gewerkschaftlichen Verbände voraussagte. Auch hierauf folgte eine kurze Debatte, in der u. a. Kollege Schurab ebenso wie zum ersten Vortrage seine Anerkennung den auf dem Kongress gefaßten Beschlüssen gegenüber ausdrückte. Das Schlusswort sprach darauf Fraulein Graf, die hierbei besonders auf die Arbeiterinnenbewegung einging. Ihre weiteren Ausführungen widmete sie den sogenannten „gelben“ Gewerkschaften, die sie als eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung ansehe, und den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie schloß mit der warmen Aufforderung an die Frauen, ihre Männer in der christlichen Arbeiterbewegung ebenfalls zu unterstützen. Auch hierfür wurde sie durch reichen Beifall belohnt, und es ist nur zu bedauern, daß ihre warmen Worte nicht von einem größeren Teile der hiesigen Arbeiterschaft gehört werden konnten. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Eupen. Aus Mitgliederkreisen wird uns geschrieben: Manche im Gewerkschaftsleben tätigen Kollegen und Kolleginnen werden gewiß schon mit dem Einsender dieses die traurige Erfahrung gemacht haben, daß es in Eupen einzelne Meister und Angestellte gibt, die es nicht unterlassen können, sich noch oben in empfehlende Erinnerung zu bringen, die Arbeiter- und namentlich die organisierten, zu verächtlichen und zu drangsalieren. Wir sagen ausdrücklich: es gibt einzelne Meister und Angestellte, die so handeln. Wir wollen keineswegs in Abrede stellen, daß die Mehrheit der Meister und Angestellten mit ihren Untergebenen gut auskommt, daß sie nicht bloß für sich selbst das Recht der Koalition in Anspruch nehmen und es den Arbeitern verweigern. Das überhebt uns aber nicht der Pflicht, denjenigen Herren gegenüber, die gegen Arbeiter und Arbeiterinnen alle Mittel in Anwendung bringen, um sie am Gebrauche des selben Rechts zu verhindern, die Flucht in die Dossentlichkeit zu nehmen. Gelingt es ihnen nicht, die Arbeiter zu bewegen, aus der Organisation auszutreten, dann werden beim Prinzipal oder Direktor die Betreffenden als minderwertig gegen andere „Zufriedene“ zurückgesetzt. Kommt es doch vor, daß Arbeiter, die lange Jahre zur vollen Zufriedenheit des Prinzipals gearbeitet haben, auf einmal als schlecht und minderwertig bezeichnet werden, nur weil sie dem Meister gegenüber auf ihrem guten Recht bestanden. Solche Meister und Angestellte vergessen nur zu leicht, daß sie gerade durch die Kenntnisse der alten erfahrenen Arbeiter in die Lage versetzt wurden, ihre Stelle zu behaupten. Manchem ist natürlich die Erinnerung an die Kricken, die man so lange benötigte, unangenehm, deshalb sucht man auf solche Art und Weise sie aus der Nähe zu bringen. Hoffentlich werden diese Zeilen verstanden, denn mit solchen Mitteln kann man der Organisation nicht mehr Halt gebieten, wohl könnte das Gegenteil eintreten von dem, was man gewollt. In einer hiesigen Zuschauersitzung ist die Stimmung durch einen der hier gelanzten Meister derart erbittert, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn das Glas nächstens zum Ueberlaufen kommt. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch zusammen, fort mit der Laubheit und den Vorurteilen, und wir werden auch solchen Herren gelegentlich die richtige Antwort erteilen können!

Gera. Am 25. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Camps aus Münster sprach über: „Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterkraft und warum muß dieselbe sich auf christlicher und nationaler Grundlage organisieren?“ Der Medner entledigte sich seiner Aufgaben in fast zweistündigem Vortrage zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Dies bewies auch am Ende der lebhafteste Beifall. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, treu zu unserer Sache zu stehen, schloß der Medner seine Ausführungen. Da sich niemand zur Diskussion meldete, wurde die Versammlung nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Camps geschlossen.

NB. Unsere Mitglieder von Gera aber sollten durch pünktlichen und fleißigen Besuch unserer Versammlungen, vor allen Dingen wenn fremde Medner gewonnen sind, einmal zeigen, daß sie es zu schätzen wissen, christliche Gewerkschaftler zu sein. Es genügt tatsächlich nicht, daß man so mit knapper Nähe und Not seine Verbandsbeiträge entrichtet. Steht doch in unserem Programm, daß wir unseren Arbeiterstand auch geistig heben wollen. Wie soll solches geschehen, wenn so viele Kollegen keine Versammlungen besuchen und Gemeinschaft halten mit

44. Die Arbeiterbewegung, wenn der Körper nicht vor der Zeit aufgegeben werden sollte.

Ausführlich behandelte der Referent ferner die Gesundheitsbeschaffenheit der Arbeiterverhältnisse, das Lebensverhältnis und die Sonntagsarbeit, die Unfallgefahr und die hohen Krankheitsziffern. Sodann legte er dar, wie viel auf den meisten Werken die hygienischen und sanitären Einrichtungen zu wünschen seien, und welche Nachteile für die Arbeiter vielfach mit sogenannten Wohlthatseinrichtungen verknüpft seien. Es sei notwendig, die übertriebenen Abhängigkeit der Arbeiter auf den großen Maschinenwerken, welche durch Wohlthatseinrichtungen manchmal noch vergrößert werde, Schranken zu ziehen. Es müßten gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, damit einerseits hinsichtlich der Wohnungen die Mietzeiten den örtlichen Verhältnissen angepaßt würden, andererseits auch die Ansprüche an den Pensionsklassen gesichert blieben, eventuell bei Austritt aus dem Arbeitsverhältnis die gezahlten Beiträge zurückerstattet werden müßten.

Schließlich betonte Redner bezüglich der Koalitionsfreiheit der Arbeiter: In keinem anderen Gewerbe — nicht einmal im Bergbau — trete die Gegenseitigkeit von Arbeiterorganisationen so scharf hervor, wie im schweren Gewerbe der Häuten, Eisen- und Stahlindustrie. Ein scharfer Schutz der Koalitionsfreiheit, sowie der Freizügigkeit der Arbeiter gegenüber dem Sperrenmaßregeln des landwirtschaftlichen Großkapitals sei eine unabdingbare Notwendigkeit.

Selbst Ausführungen fasste Redner wie folgt zusammen: Aus der einen Seite ergibt sich ein glänzendes Bild der Entwicklung der deutschen schweren Industrie. Technik und Massenproduktion hat derselben in verhältnismäßig kurzer Zeit den zweiten Rang unter allen Ländern der Welt verschafft. In der mächtigsten Spinn- und Weberei ist sie einheitsmäßig zusammengelassen, worin die Produktion und Preisfrage geregelt wird. Das in der schweren Industrie angelegte Kapital ist das gewinnbringendste aller industriellen Gruppen. Auf der anderen Seite ist die Lage der Arbeiter eine traurige zu nennen; die Arbeits- und vierundzwanzigstündige sehr angestrengte Arbeitszeit, Sonn- und Feiertage, Tag- und Nachtarbeit ist die Regel. Die Unfallzahlen und Krankheitsziffern sind die höchsten unter allen Arbeitergruppen. Die sanitären und hygienischen Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig und sind zum großen Teil der heutigen fortgeschrittenen Verhältnisse unwürdig. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mißachtet oder gewaltfam unterdrückt. Mit zweifelhaften Wohlthatseinrichtungen wird das Mißbehagensrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhalten geübt. Durch Sperrenmaßregeln werden die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Die Löhne sind entsprechend der schweren, anstrengenden Arbeit ungenügend. Kurz, in der schweren Industrie hat sich ein Industrieabsolutismus herausgebildet, und Ihre Arbeiter laufen Gefahr, in ein modernes Sklavereiverhältnis herabgedrückt und rechtlos gemacht zu werden.

Aus eigener Kraft ist es ihnen nicht möglich, gegen die Uebermacht des Kapitals allein anzukämpfen. Die Arbeiter der schweren Industrie, der Häuten, Stahl- und Holzwerke rufen heute die öffentliche Meinung auf zur Hilfe. Vom dem Parlament und der Regierung verlangen dieselben einen größeren Schutz gegenüber der Macht des Kapitals. Vor allen Dingen erwarten dieselben von der gesamten Arbeitererschaft Deutschlands, daß sie mit ihnen gemeinsam ihren Einfluß geltend macht, damit der Häuten nicht nutzlos verhallt. Vielfach sind die Reformen, welche notwendig sind, doch die Radikalfrage ist eine Behinderung der Arbeitszeit, der achtstündigen Arbeitstag für die Hoch- und Feinarbeiter. Der zweite christlich-nationalen Arbeiterkongress nebst dem christlichen Metallarbeiterverband können es sich zur Ehre anrechnen, die ersten gewesen zu sein, welche als geschlossene Korporationen die Forderung eines größeren Schutzes für die Arbeiter der schweren Industrie, der Häuten, Stahl- und Holzwerke vor aller Öffentlichkeit erhoben und mit Nachdruck unterstützt zu haben.

Zum Schluß erinnerte der Redner daran, daß der Kaiser am 31. August d. J. in Münster der Arbeiter der schweren Industrie gedachte mit den Worten: „Ich gedanke hierbei auch der Arbeiter, die in den gewaltigen industriellen Unternehmungen vor den Hochöfen und unter Lage im Stollen mit nerviger Kraft ihr Werk verrichten. Die Sorge für sie, ihres Wohlstand und ihrer Wohlthat habe ich als teures Erbe von meinem in Gott ruhenden Großvater über-

nommen, und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der Fürsorge festhalten an den Grund- sätzen, die in der unvergänglichen Hofkapitel Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.“ Mögen diese Kaiserworte auch an unseren hülfsbedürftigen Kollegen in der schweren Industrie, den Häuten- und Fein- arbeiter bald in Erfüllung gehen.

Hierauf wurde die Diskussion eröffnet. Werner- Essen vom deutschen Grubensteiger-Verband brachte die Beschwerden vor den Kongress, die er bei einem Empfang dem preussischen Handelsminister vorge- tragen hat. Er befuhrwortete eine Sympathie- Er- klärung für die im ihr Koalitionsrecht kämpfenden Grubensteiger im Ruhr-Revier. Die Grubenbesitzer gehen unausgesetzt gegen den Grubensteiger-Verband vor. Acht Mann sind gemordet worden. Schäfts- Zusätze hat man entzogen, Prämien gestrichen usw., um unseren Verband zu unterdrücken. Gier- Essen vom Gewervereine christlicher Bergarbeiter, der Vor- sitzende der Siebener Kommission, sprach in sehr ein- gehenden Darlegungen über die Entwicklung im Bergbau und die Knappschaftsreform. Er bestritt energisch, daß man die Bergarbeiter mit Recht als die Karnickel bezeichnen dürfe, die schuldig seien an dem fortwährenden Steigen der Kohlenpreise und wandte sich dann gegen den Delegierten Richter-Berlin, der „den Männern im Westen“ gewisse Rathschläge, u. a. den, niemals zu streiken, gegeben hatte. Es mögen ja Fehler bei den Bergarbeitern vorgekommen sein; daß sie aber überhaupt vorgegangen sind, ist doch die Ursache davon gewesen, daß die Bergge- setzgebung wieder einmal im Fluß gekommen ist. Wer heute im Nothfalle nicht auch einmal zu dem letzten Mittel greift, der wird nie Erfolg haben und ewig eine Null bedeuten. Nach einer Kritik der Knapp- schaftsreform schloß der Redner: Wir wünschen durchaus die Einigkeit zwischen Werksbesitzern und Arbeitern. Sobald man uns eine Verständigung bietet, die für uns annehmbar ist, sind wir bereit zu Ent- gegenkommen. Nicht aber dürfen die angebotenen Reformen durch neue Verschärfungen erlautet werden. Wenn Gesetz und Werksbesitzer uns Vorteile bieten, dafür uns aber alte Rechte nehmen, so wehren sich die Bergarbeiter. Mögen dann auch Gesetzgebung und Werksbesitzer in der Deffentlichkeit dafür die Ver- antwortung tragen. Die Bergarbeiter sind bereit, einer Reform im Interesse des Friedens zuzustimmen, aber nur einer annehmbaren Reform.

Sieberts-Dr. Gladbach stimmt den Ausführungen Siebers durchaus zu und begrüßte den Antrag, statistische Erhebungen zu veranlassen. Es würde sich dann sicherlich ergeben, daß Weiber keineswegs übertrieben habe, sondern man würde noch vieles erfahren, was man noch nicht weiß. Er freute sich, daß durch die Rundgebung des Kongresses in diesen Fragen die Bemühungen im Reichstage ein wirk- liches Schwergewicht erhalten werden, so daß als Wirkung zu erhoffen sei, daß die Häuten- und Holz- arbeiter endlich zu ihrem Rechte kommen. — We- merus-Mastatt vom christlich-sozialen Metallarbeiter- verbande brachte eine Reihe von Mißständen aus dem Saargebiete vor. Auf vielen Werken besthe ein Vorzugsystem, das die Arbeiter in völlige Ab- hängigkeit bringt, so daß sie fast das ganze Jahr durch kein Geld vom Werke bekommen. Auf einem bestimmten Werke besthe eine Konsum-Genossenschaft mit einem erschaulich ausgebildeten Vorzugsystem, wo die Arbeiter bis zu 14 Liter Schnaps gebragt be- kommen. Mögen die maßgebenden Stellen einsehen, daß es nicht im Interesse der Industrie liegt, die Arbeiter — wie einmal Adolf Wagner sagte — zu Kanakeln zu erziehen, sondern sie zu freien Per- sönlichkeiten zu bilden. — Müller-Waldenburg (Zach- steiler) ist gegen den Streit, durch den ja aller- dings schon manches erreicht worden sei; wie aber das Kapital heute organisiert ist, so werden die Ar- beiter schließlich den Kürzeren ziehen. Wichtig ist es, die Gesetzgebung zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen aufzurufen, dazu ist die Gesetzgebung da. Leistete sie das nicht, so müßte man ja auf sie pfeifen. — Gutsche-Mastatt vom Gewervereine christ- licher Bergarbeiter bemerkte u. a.: Wir deutschen Arbeiter haben alle Ursache, auf unsere deutsche Industrie stolz zu sein, besonders auch auf die Häuten- und Holzindustrie, auf die unsere englischen Bettern so neidisch herübersehen. Neben der Zer- klüftung des Kapitals, man muß das zugeben, und neben der Intelligenz unserer Ingenieure haben dann ihren großen Anteil die Arbeiter! Und trotzdem sind die Arbeitsverhältnisse in der schweren Industrie die schlechtesten. Niemand spielt man so sehr mit Leben und Gesundheit der Arbeiter. Es ist eines Rechts-

bautes nicht würdig, daß man seine Bürger an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten verhin- dert. Man nimmt ihnen die Rechte und gibt ihnen — wie es vorkommt — billige Kartoffeln oder allen möglichen Erbsen dafür. Schlechte Löhne, schlechte Ernährung, schlechte Wohnungen müssen dazu führen, daß die späteren Generationen nicht mehr leistungs- fähig sind, für die schwere Industrie. — Hietzler- Essen bezeichnet den Streit allerdings als ein letztes Mittel, aber als eines, das die Arbeiter doch nicht aus der Hand geben dürfen. Der Standpunkt des Delegierten Müller-Waldenburg konnte schließlich auf den der gelben Gewerkschaften heraus. — Nach- dem noch weitere Redner gesprochen hatten, wurde ein Schlußantrag angenommen, jedoch auf besonderen Wunsch, damit auch Obereschlesien zu Worte komme, dem Delegierten Müller-Rönigshütte (Zachsteiler) noch eine Ansprache gestattet. Dieser schilderte in sehr dunklen Farben die Zustände in Oberschlesien. Doch dämmere es bereits in diesem „schwarzen Winter“. Die christlichen Organisationen machen gute Fort- schritte. Sie haben ein sehr gutes Knappschafts- statut erreicht zu einer Zeit, da man im Westen erst noch darum kämpfen, vielleicht streiken müßte. Aller- dings habe man seine Sache nicht öffentlich geführt und ausposaunt, sondern im Stillen gearbeitet, eifrig wie die Ameisen. Daß man mit einem Streit vor- sichtig sein müße, sei wohl zuzugeben und auch der Standpunkt der nationalen Arbeiterorganisationen. Der Redner rühmt dann die Tätigkeit des Zentrums und nennt das Zentrum „die beste Arbeiterpartei“. — Vorsitzender Redner rügte diese letzten Worte; es sei ein Beschluß gegen Takt und Ordnung des Kongresses, hier für eine bestimmte Partei Propa- ganda zu machen. Der Kongress habe doch die Ver- treter der verschiedenen bürgerlichen Parteien ein- geladen und stehe ihnen freundlich gegenüber. Da- mit fand die Debatte ihren Abschluß.

Als nächster Punkt nahm der Kongress den Be- richt der Mandatsprüfungskommission entgegen. Nur ein Mandat ist (einstimmig) für ungültig erklärt worden, weil bei dem Inhaber, gewählt vom Kreis- verband Elberfeld der evangelischen Arbeitervereine, die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Kon- gresse nicht zutreffen; er ist nicht Arbeiter. Auf Arbeiterkongressen sollen grundsätzlich nur Arbeiter stimmen. Andere Stände wählen zur Vertretung ihrer Interessen ja auch nicht Arbeiter, sondern ihre Standesgenossen. Der Kongress beschließt, das be- anstandete Mandat für ungültig zu erklären, dem Inhaber aber das Recht zu gewähren. Der Referent Weiber hielt danach sein Schlußwort. Hierbei er- schienen, lebhaft begrüßt, der Professor Dr. Hise und der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Pieper, sowie Professor Dr. Franke von der „Sozialen Praxis“, ferner der Generalsekretär des General-Ausschusses für Innere Mission, Pastor Scheffers-Berlin, und P. Burckhardt-Berlin. Die Herren werden vom Vorsitzenden Stegertwald im Namen des Kongresses begrüßt.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat über das Thema

**Gewerbliche Arbeiterinnenfrage und Arbeiterinnen-Organisation.**

Hierüber sprach Fräulein V. Graf-M. Gladbach. Sie wies zunächst den Umfang der heutigen Frauen- erwerbsarbeit zahlenmäßig nach (für die Behandlung der gewerblichen Arbeiterinnenfrage kommt nur die Gruppe der Industriearbeiterinnen in Betracht, der Haus- und Fabrikindustrie).

Die Zahl der gewerblich tätigen Frauen aller Altersklassen ist mit der Entwicklung unserer Industrie- und Gewerbetreibens gewaltig gewachsen. Nach der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 waren ins- gesamt 5264393 Frauen und Mädchen am Gewerbe- leben beteiligt, wovon auf die Landwirtschaft 2763184, auf die Industrie 1521118, auf Handel und Verkehr 579603, die weitausende Lohnarbeit in der Haus- wirtschaft 233865, die freien Berufe 176648 entfallen. Für die Behandlung der gewerblichen Arbeiterinnen- frage kommt nur die Gruppe der Industriearbeiter- innen (Hausindustrie, Fabrikindustrie) in Betracht. In der Hausindustrie zählte man 1895 202079 Weibliche. Diese Zahl gibt kein klares Bild, sie ist schwankend und veraltet. Mit dem Zahlenmaterial bez. der Fabrikarbeiterinnen sehen wir auf viel feierem Boden. Die Gewerbeinspektion, die alljährlich im Dezember Zahlungen vornimmt, ermittelte 1895 in Fabrik und deren gleich gestellten Anlagen 739755 Arbeiterinnen. 1896 war die Zahl schon auf 779913 gestiegen, wuchs seitdem weit über eine Million hinaus und betrug 1905 1176421. Im Bergbau,

Hütten- und Salinenwesen und in der Torfgruben- wuchs die Zahl der (Fabrik-)Arbeiterinnen im Jahr- zehnt 1896—1905 von 18798 auf 18934, in der Industrie der Steine und Erden von 47253 auf 70034, in der Metallverarbeitung von 41002 auf 64075, in der Maschinenindustrie von 13320 auf 36130, in der chemischen Industrie von 14938 auf 20455, in der Industrie für kunstgewerbliche Neben- produkte von 4663 auf 8109, in der Textilindustrie von 371971 auf 431397, in der Papier- und Bedeu- industrie von 52266 auf 74097, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe von 17199 auf 27420, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von 110782 auf 156347, im Bekleidungs- und Reinigungs- gewerbe von 64273 auf 229930, im polygraphischen Gewerbe von 22096 auf 37928. Eine Gegenüber- stellung der Zahl der Arbeiterinnen mit der Zahl der männlichen Arbeiterkraft weist nach, daß die Verdrängung der männlichen durch die weiblichen in einiglen Industriezweigen schon stark voran- geschritten ist.

Die gewerbliche Frauenarbeit ist ein wachsende Größe. Das tritt nicht nur in der ständig steigenden Zahl der Arbeiterinnen zutage, sondern auch in der Beschäftigungsart. Wir finden Frauen und Mäd- chen in Biegeleien 27612, in Glasbütten 7939, in Rindholzfabriken 3417, in Zimthütten 1449. Man verwendet sie in Drahtziehereien, bei der Herstellung von Bleifarben und Melzucker, in Kammhaarspinnereien, Saar- und Wollspinnereien, in Gummiwaren- fabriken, Bäckerei- und Backwarenereien, Buchdruck- ereien und Schriftgiebereien beschäftigten 25399 Ar- beiterinnen.

Ausgang und Ursache des Entstehens einer Ar- beiterinnenfrage erblickt man oft einseitig in dem Aufkommen der Maschine. Lange vor Erfindung der Maschine gab es aber schon erhebliche Frauenarbeit, gab es auch bereits ein Bedürfnis nach weiblichen Arbeitskräften, wie alte Verordnungen und eine Be- trachtung der Frauenbeschäftigungen im Laufe der Jahrhunderte nachweisen. In dem Maße, als Indus- trie und Gewerbe zu fortgeschrittener Verbilligung der Produktion genötigt wurden, stieg auch die Massen- beschäftigung von Frauen und Kindern — eben der Billigkeit dieser Arbeitskräfte wegen.

Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von Jahr zu Jahr absolut und relativ unaußersam. Frauen, Mädchen jeden Alters, aus der Großstadt, aus der Mittel- und Kleinstadt, vom platten Lande, strömen in Fabrik und Hausindustrie. Vielfach und lehrreich sind die Gründe, die sie dazu bewegen. In den ver- schiedensten Schattierungen, je nachdem es sich um Verheiratete oder Unverheiratete, um Frauen und Mädchen aus städtischen oder ländlichen Bezirken handelt, klingt in den meisten Fällen das unerbitliche „Muß“ durch. Verheiratete Frauen, Witwen, Eheverlassene, Frauen der durch Krankheit oder In- validität erwerbsunfähig gewordenen Männer, Frauen von Arbeitslosen und Trunksüchtigen, alte Mütter, deren Kinder sie nicht unterstützen können oder wollen, zwingt der Selbsthaltungstrieb in die Fabriken. Für viele Familien reicht der Verdienst des Mannes nicht aus (ungelehrte Arbeiter, Saisonarbeiter, wo große Kinderzahl und Unterstützung bedürftiger An- verwandter), da muß die Frau mitverdienen. Noch eine ganze Reihe von Gründen führen zu zeitweiliger und dauernder Ehefrauenarbeit. Auch die Macht der Gewohnheit ist von nicht untergeordneter Bedeutung. Die Frage, warum diese Frauen der Fabrikwelt, den stilleren hausindustriellen, hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Verrichtungen vorziehen, ist leicht aufzuforschen aber schwer zu beantworten. Eine ganze Reihe von Ursachen wirkt auch hier zusammen. Die Detailfrage, warum die Mädchen in der Großstadt, in der Mittelstadt teilweise, Mädchen aus Landstäd- chen und Dörfern zur Fabrik gehen, aus welchen Be- völkerungstreffen sie sich rekrutieren, kompliziert sich fortwährend unter den Augen des Beobachters. Ur- sache und Wirkung wechseln von Ort zu Ort.

Unjere Industrie hätte diesen wachsenden Zustrom an weiblicher Arbeitskraft gar nicht in sich aufzu- nehmen vermocht, hätte nicht die fortschreitende Technik tausend neue Möglichkeiten in ihrer Verwen- dung geschaffen. Die immer feiner konstruierten Maschinen, die Mannigfaltigkeit in der Arbeitsteilung, verlangen geschmeidige, flinke Frauenhände. Gewisse Industriezweige können die weiblichen Hilfskräfte überhaupt nicht entbehren. Das Wort von der minder- wertigen Arbeit der Frauen läßt sich nicht aufrecht erhalten. In der hochentwickelten Industrie, bei der Anfertigung der feinsten Fertigfabrikate sind sie un- entbehrlich.

**Die Weberbewegung am Niederrhein.**

III. Was müßte es den freien Innungen, daß diese das Lehrlings- und Gesellenwesen regeln, sogar sich peluante Opfer auferlegen zu diesem Zwecke, wenn die nichtorganisierten Weber und Fabrikanten sich an solche Bedingungen nicht lehnen? Die vorhandenen Mitglieder der freien Innung würden dann erst recht entmutigt werden zum Schanden jeglicher Or- ganisation. An dieser Stellungnahme hielten sich die Gegner der freien Weberbewegungen insbesondere auch mit Rücksicht auf die verschiedenen Klagen aus Fabrikantenkreisen über den behaupteten Mangel an einem einheitlichen Vorgehen auf dieser Seite für berechtigt. Die Handelskammer hatte in ihren Berichten des letzten Jahres den Mangel an Einigkeit in den Kreisen der Fabrikanten beklagt und diesen Mangel mit verantwortlich gemacht für den weite- ren Niedergang in Gewerbe und vor allem für den Mangel an praktischen Reformmaßnahmen. Auch die weitgehende Aneignung der Regierungsbürokratie, wie sie hinsichtlich der Organisation und Betätigung der freien Innungen vorgezeichnet war, wurde vielfach mit Mißtrauen betrachtet; man wünschte zwar eine gesetzliche Ordnung, aber innerhalb dieser eine freie Selbstverwaltung, eine obligatorische Innung ohne bürokratische Bevormundung. Diese Geschäfts- punkte wurden in einer Denkschrift unter dem 4. Juli 1893 der Regierung zu Düsseldorf von mehr als 500 Webermeistern, Fabrikanten und seiner näheren Umgebung unterbreitet.

Die Gegenseite — die Befürworter des sofortigen Eintrags der Weber in die freie Innung — machte geltend, daß keinesfalls die gesetzliche Ein- führung der Zwangsinnung in den nächsten Jahren zu erwarten sei, im Reichstage sei keine Majorität dafür zu gewinnen, auch in den Kreisen der Zentrum- partei habe die Zwangsinnung Gegner. Den Fort- schritt eines Fortwärtens von dem Eintritt in eine Innung abhängig zu machen, sei nach Lage der ge-

werblichen Entwicklung praktisch undurchführbar das Handwerk würde dadurch nur zugunsten der Großindustrie verkümmern, schon der zu Ende der vierziger Jahre gemachte Versuch mit der Meister- prüfung sei an der Macht der Verhältnisse gescheitert; jede übermäßige Einengung der Beschäftigung von Hauswebern würde die Entwicklung der mecha- nischen Weberei behindern; überdies müßte auch der ausländischen Konkurrenz, die solche Beschrän- kungen nicht kenne, Rücksicht getragen werden, da die Preiselber Fabrikanten zu drei Dritteln vom auslän- dischen Markt abhängig sei.

Die Stellung der Kreisler Handelskammer zur Innungsfrage ist in ein diesbezügliches, für die Düsseldorf Regierung schicktes Gutachten der Kammer vom Jahre 1881 niedergelegt. Darin spricht sich die Handelskammer zwar für Innungen an den einzelnen Orten aus, weiß ihnen aber als Aufgabe nur „die bessere Ausbildung des Lehrlings- weiens“ und die „Einrichtung von Schulen, Hilfs- und Stützstellen, soweit solche nicht durch die Kreis- gesetz eine Regelung finden, von Sparkassen und andern Vorrichtungen zum Schutze gegen Not und höchste Zeiten“ zu. Eine Selbstverwaltung der Handelskammer für überprüfbar und kann durchführ- bar, eine Meisterprüfung für völlig verfehlt. Die Fortsetzung eines einheitlichen Volkes dürfte — meinte damals die Handelskammer — ihnen (den Innungen) niemals gelingen. Die gewerbliche Stellung des Webermeisters würde der Einführung einer Weberinnung vielleicht die größten Schwierig- keiten bereiten.

In der liberalen politischen Presse werden sogar Stimmen laut, die nicht einmal einer freien Or- ganisation günstig waren, wenigstens nicht einer solchen, wie die Mitglieder der freien Innung sich dieselbe wünschen. So drachte die Kreisler- Zeitung einen Artikel der Elberfelder Zeitung „In dem es unter anderem hieß: „Nur was die freien Innungen betrifft, so erwidern wir diese nur erwidern, was Jocher der Innung gegen den Re- band zur gemeinsamen Diskussion bei deroc-

losigkeit, Krankheit usw.“ Selbstbeschränkungen aller Art, Prüfungen, dekretierte Lehr- und Gesellenzeiten verwarf der Verfasser des Artikels; die Arbeiter sollten Franziskus Wort beherzigen: „Wer Euch jagt, daß Ihr auf andere Weise als durch Fleiß und Spar- samkeit zum Wohlgehen gelangt, der ist ein Lüg- ner“. Etwas dieses Standpunktes mancher Fabrik- anten, der ja konsequent zu einer offenen Gegen- richtung auch gegen die von der Regierung und einem Teile der Weber geplanten freien Innungen hätte führen müssen, stellte sich die liberale Presse auf die Seite der letzteren mehr aus Abneigung gegen ob- ligatorische als aus Liebe zu den neugegründeten freien Innungen und ihren Lohnbestrebungen. So erhielt der Kampf zum Teil ein politisches Gepräge. In der politischen Presse wurde es ein Kampf von Vertretern der liberalen Wirtschaftspolitik gegen die damaligen Befürworter ständiger Zwangsorganisa- tionen. Die allgemeine derzeitige innerpolitische Lage und die Konstellation der Parteiverhältnisse in unserem Industriegebiet waren mitentscheidend bei der Stellungnahme der einzelnen Faktoren zu der nach beschaffenden wirtschaftlichen Frage. Die Krei- sler Fabrikanten waren in ihrer überwiegenden Mehrzahl Anhänger der liberalen, die Arbeiter da- gegen meist Anhänger der Zentrumspartei. Der Kreislerkampf hatte speziell in Kreisfeld überaus heftige Formen angenommen; unter dem frischen Eindruck dieses Kampfes stand man in katholischen Kreisen der Regierung mehr oder minder mißtrauisch gegen- über; man befürchtete, daß die Innungen in ihrer damaligen Verfassung politisch beeinflusst werden sollten, weil ihnen ein Staat ausverkauft wurde, nach dessen Bestimmung die Vorstandswahlen von den politischen Parteien zu leiten waren, weil fer- ner die von dem Weberbunde im Unverhältnis mit der Regierung herausgegebene Innungszeitung „Sozial trieb“ das derzeitige Erregungsbild der an- fänglichen Innungsmitteln vorhandene Unzufrieden- heit mit den freien Innungen zu einer leidenschaft- lichen Opposition gegen dieselben herbei- rufen, in erwartung zum, do auf der Innung

Seite ebenfalls die kirchenpolitischen Gegenstände den Verlauf der Debatte über die Innungsfrage beein- flussten. Zwischen der liberalen und der Zentrum- partei war der heftig geführte Streit mehr ein Kampf um Prinzipien, zwischen der Niederrheinischen Volks- zeitung sowie den auf ihrer Seite stehenden Webern und den Mitgliedern der freien Innung mehr ein Kampf um die Taktik, und zwar um die Taktik in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß dieselbe den Wünschen und Ge- sinnungen zahlreicher Weber, vielleicht der Majorität derselben, entsprach, hat uns ein Einblick in diesem speziellen Falle, bei dem es sich nicht um die eigentliche Handwerkerfrage, zu deren Lösung die Zentrumspartei bekanntlich einen vorläufigen Ver- such mit den freien Innungen in Ermangelung eines Besseren empfahl, sondern um die davon to- tal verdrängte Weberfrage handelte. Nach Lage der Dinge trug demnach der Streit auch einen lokal- beschränkten Charakter. Die Stellungnahme der Niederrheinischen Volkszeitung und mit ihr die Leis- tung der Zentrumspartei in Kreisfeld und Umgebung erfolgte aus eigener Initiative und auf ihre Ver- antwortung; daß diesel



dem Ganzen. Solche Kollegen lesen gewiß auch unser Verbandsorgan nicht eifrig durch und wissen damit nichts anzufangen. Darum, Kollegen, endlich auf zu kriegerischer Tat! Soll unsere Bewegung auch hierorts mächtig werden, dann müssen alle mit agitieren und organisieren.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 18. November im „Kronprinz“ statt. Unser Bezirksleiter, Kollege Kämmerer-Greif, wird einen Vortrag halten über die Bedeutung der Tarifverträge. Nach einer großen Hausagitation soll beraten werden. Es ist darum Sache aller Mitglieder, zur Stelle zu sein.

M.-Glöblich (Sektion Wehrh.). Am 20. Okt. fand hier selbst eine öffentliche Versammlung der 1500-Dunderischen Gewerkschaften statt. Der nötige Eifer wurde eingeleitet durch ein Flugblatt, betitelt: die heutige Hochkonjunktur, die Notlage der Arbeiter, und wie stellen die Arbeitgeber sich dazu. Eine Anzahl unserer Kollegen konnte es daher auch nicht unterlassen, dieser sonderbaren Einladung Folge zu leisten. Der Referent, Gewerkschaftssekretär Müller, hielt einen 1/2-stündigen Vortrag, welcher im allgemeinen sachlich gehalten war; jedoch wurde von denselben die politische und konfessionelle Neutralität der Gewerkschaften so dargestellt, als wenn dieselbe nur ihnen in Erbacht gekommen wäre. Als erster Diskussionsredner sprach Kollege Baues aus Wehrh., welcher das Gebahren einiger Führer der Gewerkschaften geißelte, ferner die konfessionelle Neutralität der Gewerkschaften und ihrer Organe einer eingehenden Kritik unterzog, indem er sie mit Wehrh. der religiösen Hege überführte. Nicht unerwähnt wollen wir hier das Verhalten der Gewerkschaften während der Ausführungen unserer Kollegen lassen. Hier konnte man die Wahrnehmung machen, daß es mit der Geistesbildung und Toleranz der Gewerkschaften noch sehr haperte. Ein wahres Jubiläumsgedächtnis wurde durch das Lokal, jedoch Gewerkschaftssekretär Müller wiederholt seine „Schäferchen“ zur Ordnung ermahnen mußte. Dem Gewerkschaftsmitglied Jakob Bäß wollte anscheinend die Haut plagen, und wiederholte Ordnungsrufe von Seiten des Vorsitzenden und des Referenten konnten ihn nicht bewegen, von seinem Tun zu lassen. Nur Dank der Energie seiner teuren Hälfte konnte er beruhigt werden. Eine scharfe Geschäftsordnungsdebatte entspann sich sodann zwischen dem Referenten und dem Kollegen Baues, die damit endigte, daß Herr Müller die Wortentscheidung für seinen Gegner verlangte, dem auch bereitwillig nachgegeben wurde. Als zweiter Diskussionsredner sprach der Sektionsleiter Bihl, Clemens aus Wehrh., welcher einleitend auf das Verhalten der Gewerkschaften während der Ausführungen unserer Kollegen hinwies, indem er betonte, daß sie mit der Qualität ihrer Mitglieder täglich sinken machte. Sodann nahm er die politische Neutralität, sowie Leistung und Bedeutung der Gewerkschaften gründlich unter die Lupe. Er wies geschichtlich nach, daß die 1500-Dunderischen Gewerkschaften sich von der Gründung bis in die letzte Zeit hinein politisch betätigten, indem er feststellte, daß die Organe der Gewerkschaften wiederholt zum Anschluß an eine bestimmte Partei aufgefordert hätten. Auch stellte er fest, daß der Gewerkschaften in Düsseldorf offen Propaganda für die Wahl der sozialdemokratischen Stadtvorordneten gemacht hat. Ferner riefte Redner die Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, besonders der Gruppe der Stahlarbeiter ins wahre Licht, welcher trotz seines 40-jährigen Bestehens nur 6000 Mitglieder aufzuweisen hat. Gewerkschaftssekretär Müller suchte die Ausführungen unserer Kollegen zu widerlegen, indem er die „Wehrh. Arbeiterzeitung“, sowie einige Ausführungen eines katholischen Geistlichen ins Feld führte, um die Identität der christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum zu begründen. Auch einige andere Gewerkschaftler glaubten der Christlichen aus Zeug zu sitzen, indem sie einfach Behauptungen aufstellten. Den Beweis zu erbringen ist mir zu dumm“, antwortete einer, als er nach den Beweisen gefragt wurde. Nachdem die Kollegen Baues und Clemens sich nochmals zum Wort gemeldet und den Gegner auf seine Widersprüche festgenagelt hatten, erhielt der Referent das Schlußwort. Mithammerer Stimme glaubte er sich zum Herrn der Situation machen zu können, jetzt galt es, diese letzte günstige Gelegenheit auszunutzen, um sich für die künftigen Siege, welche ihm von unseren Kollegen in der Diskussion versetzt wurden, zu revanchieren. Auch jetzt blieben selbstverständlich die Beweise wieder aus, welche seine Behauptungen hätten rechtfertigen können, jedoch unsere Kollegen so recht den Einbruch mit nach Hause nahmen, daß für diese Gewerkschaftler die Worte „viel Geheiß und wenig Wille“ zutreffend sind.

Herrholzheim. Daß man immer etwas Lehrreiches aus den Versammlungen mit nach Hause nehmen kann, zeigte sich wieder zur Genüge bei unserer am 13. Oktober abgehaltenen Mitglieder-Versammlung, in welcher Kollege Hammerer über Sozialversicherung sprach. An der Hand von praktischen Beispielen erklärte er die einzelnen Paragraphen, die Berechnung der Renten und die verschiedenen Beitragsklassen, jedoch die Anwesenheit mancher über die Vorteile, welche die Sozialversicherungsversicherung bietet, unterrichtet sind. Als Diskussionsredner sprach Kollege Rudolf Spitz. Die Mitgliederzahl ist wieder gestiegen. Wir können also mit neuem Mut in die Zukunft schauen. Die Mitglieder ermahnen wir, namentlich wieder recht fleißig die Versammlungen zu besuchen.

Speyer. Wohl noch nie seit dem Bestehen unserer Ortsgruppe hatten wir eine so zahlreich besuchte und anregend verlaufene Versammlung zu verzeichnen, wie letzten Sonntag. In derselben waren unser hochw. Herr Pfarrer und der hochw. Herr Pfarrer Lemmer von Wehrh., letzterer als Referent, erschienen. Nach Verlesung des Protokolls erhielt der hochw. Herr Pfarrer Lemmer das Wort zum Vortrag über die christlichen Gewerkschaften, deren Notwendigkeit und Vorteile für die christliche Arbeiterklasse. Der hochw. Herr widerlegte zuerst die unangenehmen Behauptungen, die seitens vieler gemacht wurden, wenn es geht, sich zu organisieren, mit 1000-klugen Worten, daß jeder der Anwesenden die Notwendigkeit und Pflicht der gewerkschaftlichen Organisation anerkennen mußte. Weiter über die Vorteile der Organisation. Die Erfahrung lehrt, daß überall, wo irgendetwas gut geleitete Organisationen bestehen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich erheblich gebessert habe, während dort, wo solche fehlen, Leidensdrücken und allerlei Schikanen der Arbeiter an der Tagesordnung sei. Die Herren Arbeiter wußten eben recht gut den Wert der Organisation anzuschätzen. Sodann

bezeichnete das Verhalten derjenigen Arbeiter, die sich von anderen den Tisch decken lassen, selbst aber nicht mitkochen wollten, als unmoralisch und unchristlich, und forderte von jedem Arbeiter den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften. Der hochw. Herr schloß unter brausendem Beifall seine trefflichen Ausführungen mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und die hiesige Ortsgruppe. Unser hochw. Herr Pfarrer wünschte in seiner Ansprache den christlichen Gewerkschaften Glück und Gedeihen, denn einer Organisation, die solche erhabene Zwecke zum Wohle der Arbeiterklasse verfolge, müsse man volle Anerkennung zollen. Besonders erwähnte er die Mitglieder, die im hiesigen Bezirke jetzt neu eingeführten Lohnbücher pünktlich und gewissenhaft auszufüllen, damit nicht durch die Schuld eines Mitgliedes die schöne, wiederprechende Einrichtung entzogen oder sogar schädlich werden könne für die anderen Mitglieder. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kollman. Am 15. Okt. hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt der Vorsitzende eine Ansprache, in der er diejenigen Mitglieder, welche ihre Karenzzeit hinter sich haben, auf die Rechte und Pflichten dem Verbands gegenüber aufklärte. Zum Schluß sprach man zur Wahl eines Schriftführers. Kollege Josef Kaiser wurde vorgeschlagen und auch gewählt. Kollege Kaiser nahm dankend die Wahl an. Hierauf erstattete unser Vorsitzender Bericht über die Bezirkskonferenz in Basel. Kollege Schwendemann hielt einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Vom Kollegen Flaig wurde der Antrag gestellt, man möchte einer in Not geratenen Kollegin, welche ihre Karenzzeit noch nicht hinter sich hat, eine freiwillige Unterstützung zukommen lassen, welche der Unterstützungskasse entnommen werden soll. Dieser Antrag fand großen Beifall und so wurde der Kollegin eine einmalige Unterstützung von 5 Mk. gewährt. Noch ein kräftiger Appell seitens des Vorsitzenden und die Versammlung wurde geschlossen.

Löhne. Unsere am 13. Okt. abgehaltene Versammlung war gut besucht. Kollege Bäß schilderte die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Disziplin, und zeigte den Mitgliedern an der Hand einiger Beispiele, wie verberberndes es sei, wenn nicht die nötige Disziplin geübt würde. Zu Punkt zwei der Tagesordnung wurde beschlossen, sich dem hiesigen Ortsratell anzuschließen. Unter Verschiedenes bemerkte der Vorsitzende, wie gerade die hiesige Ortsgruppe schon so hohen Nutzen durch den Zusammenschluß der Arbeiter erzielt hätte, sei doch in letzter Zeit noch, durch Einführung des Festsundentages, ein wesentlicher Schritt zur Besserstellung unserer Lage geschieden. Nachdem noch mitgeteilt, daß am 17. November unser Bezirksvorsitzender hier eine Versammlung abhalten würde, wurde die Versammlung geschlossen.

Mühlhausen i. E. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung fand am 27. Oktober in Saale des Männervereins von St. Fridolin statt. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht vom dritten Quartal. Die beiden Kassieren erklärten, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben und stellten dem Kassierer ein lobenswertes Zeugnis aus für die musterhafte Führung seines Amtes, worauf demselben Entlassung erteilt wurde. Die beiden Kollegen Müller und Meiß berichteten sodann über die Gewerkschaftskonferenz in Straßburg. Die beiden Kollegen sowie der Vorsitzende, Kollege Buchmann haben es verstanden, in trefflichen und lehrreichen Worten die wichtigsten Punkte der Konferenz klarzulegen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen, sich recht fleißig an der Herbstagitation zu beteiligen, da dieselbe für unseren Verband von großer Wichtigkeit ist. Darum sei sich ans Herz, damit wir am Schluß unserer Herbstagitation eine große Zahl neuer Mitglieder zu verzeichnen haben.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Versammlungen in Zukunft nicht mehr im Lokale Harter stattfinden.

Reichenbach (Albia). Hier wurde am 27. Okt. eine Versammlung abgehalten für die im Albia beschäftigten Tagelohnarbeiter. Etwa 160 Mann nahmen an der Versammlung teil. Dies ist ein Zeichen dafür, daß sich besonders diese Arbeiterkategorie in einer Notlage befindet. Verdienen doch die älteren Arbeiter in der Mehrzahl noch nicht einmal 3 Mark pro Tag, was bei der gegenwärtigen Teuerung besonders schwer empfunden wird. Kollege Hammerer sprach über das Thema: die wirtschaftliche Lage der Tagelohnarbeiter, und wie wird dieselbe verbessert. Die allseitige Zustimmung zeigte, daß die Worte Anklang gefunden hatten und daß man durch frische Organisation eine Besserstellung erzielt werden kann. Es liegt nun an den Arbeitern selbst, dafür zu sorgen, daß die indifferenteren Arbeiter über ihren falschen Standpunkt aufgeklärt und diese halbtags der Organisation zugeführt werden, damit für diese armen Arbeiter etwas getan werden kann.

Speyer, Baden. Am 13. Okt. hielten wir eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende einen Vortrag hielt über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter. Wante, welche Organisation vorzuziehen ist, wurde gegeben über die Organisation der Hausagitation. Alle Kollegen und Kolleginnen wußten sich auf diesem Gebiete in den Dienst der guten Sache stellen und recht reger in der Agitation tätig sein, damit die junge Ortsgruppe recht bald das erste Hundert Mitglieder überschreitet. Wenn aber die Agitation erfolgreich sein soll, dann müssen die schon gewonnenen Mitglieder sich selber helfen, um die gegen die Organisation erhobenen Einwände schlagend widerlegen zu können. Vor allem muß das Stundensbewußtsein bei den Unorganisierten geweckt werden; das ist der erste Schritt zur Gewinnung und Mithilfe für die gewerkschaftliche Organisation. Diese ist notwendige Spaltung können sich die Mitglieder in den Versammlungen aneignen, aus denen kann immer wieder etwas Lehrreiches mit nach Hause genommen werden.

Siedels. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 10. Nov., morgens 10 Uhr, im Lokale von Herrn eine Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung stattfindet. Nebenbei wird auch die neuangelegte Bibliothek in Benutzung genommen. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen dieselbe recht reger in Anspruch nehmen. Des ferneren sei mitgeteilt, daß die Bücher alle 14 Tage Sonntags im oben bezeichneten Lokale eingetauscht, bezw. umgetauscht werden müssen. Die Kollegen Pet. Schmidt und Herr. Gatz werden dieselben ausleihen und zwar mit der Bedingung, welche sich durch die

Veranstaltungskalender.

- Nachen. 10. Nov., 10 1/2 Uhr, Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung bei Franzen, Kleinmarkthierstr. 19.
11. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Franzen, Arbeitervertreterverein.
Darmstadt. 12. Nov., 8 Uhr, bei Schreyer, Darmstadt Distriktsabend.
Düsseldorf. 17. Nov., 11 1/2 Uhr, bei Rotenburg (S. Temming), öffentliche Versammlung.
17. Nov., 5 Uhr, bei Jamping, Nobelfstr., Arbeiterinnen-Versammlung.
Düsseldorf. 10. Nov., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg.
20. Nov. (Sabbat und Freitag), 11 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung.
Worms i. R. 10. Nov., 11 Uhr, Bäckerwechsel, 11 1/2 Uhr Versammlung.
Düsseldorf. 10. Nov., 5 Uhr, bei Julius Lorke, Oberberchlag, große öffentliche Versammlung aller Branchen.
Düsseldorf. 10. Nov., 10 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Frau Louven in Argentin.
Spe (Weiß). 17. Nov., 11 1/2 Uhr, bei W. Bachmeyer, Bäckerwechsel.
M.-Glöblich, Sektion Eiden. 9. Nov., 8 Uhr, bei Wm. Schäfer, Mathiasstr.
M.-Glöblich, Waldhauenerhöhe. 16. Nov., 9 Uhr, bei Wm. Lebach.
Greiz i. Vogtl. 29. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Supfers, General-Versammlung.
1. Dez., 8 Uhr, bei Supfers, Familienabend.
Selters. 10. Nov., 5 Uhr, bei Fr. Lieber, Generalversg.
Kölschfeld. 17. Nov., 6 Uhr, bei Peter Willeßen.
Lombrecht. 9. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Jakob Seder.
Leich 6. Kadentischen. 20. Nov., 5 Uhr, bei Josef Dörfer, Dorf.
Löhne. 17. Nov., 5 Uhr, im Hotel „Zur Post“, öffentliche Versammlung.
Marek-Redwitz. Chr. Gewerkschaftskartei, 17. Nov., 7 Uhr, bei Friz Greger, Scheinersberg, Familien-Unterhaltung.
Müts. 10. Nov., 11 Uhr, bei Heine. Taproggen.
Mühlheim a. Rhein. 13. Nov., 7 Uhr, bei Theodor Böhrer.
Neunkirchen i. R. 10. Nov., 5 Uhr, bei Emil Götting, öffentliche Versammlung.
Nordhorn. 9. Nov., 8 1/2 Uhr, in der Kriegerhalle, General-Versammlung.
Ohrtrup. 10. Nov., 4 Uhr, bei Wm. Fischer.
Ocht. 10. Nov. 10 1/2 Uhr, bei Heine. Kramp.
Sassenberg. 10. Nov., 1/2 Uhr, bei J. Zewer.
Soran i. Lauf. 14. Nov., im Restaurant „Weinberg“.
Süchteln. 20. Nov. (Sabbat und Freitag), 6 Uhr, bei 5 Püppers.
Wülfers. 20. Nov., 11 Uhr, bei Werner Leuchter.

Im Nachener Bezirk

- finden demnächst folgende Agitations-Versammlungen statt:
Euxen. 17. Nov. 2 Uhr, im kath. Junglingshause.
Nachen. 17. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Rademacher an der Kirche.
Wülfers. 20. Nov., 11 Uhr, bei Wm. Leuchter.
Eiden. 20. Nov., 7 Uhr, bei Heine.
Montjoie. 21. Nov., 7 Uhr, bei Frizger.
Saaren. 22. Nov., 7 1/2 Uhr, bei Jos. Kreiten.
Waldreier, Gahn, Wenwegen. 24. Nov., 5 1/2 Uhr, bei A. Lohr in Gahn.

In allen Versammlungen wird Fräulein Kopp aus M.-Glöblich und ein Kollege unseres Bezirks über den Berliner Kongress reden.

M.-Glöblich-Hardterbroich-Bezir.

Gewerkschafts-Konferenz „Fortschritt“, e. G. m. b. H. Samstag, den 16. Nov., abends 1/9 Uhr, bei Giefers, Hardterbroichstraße, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Abänderung des Statuts. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
Der Vorstand:
Joseph Hillekamp, 64 Zimmer, 64. Lukas.

Bilanz

des Gewerkschafts-Konferenzvereins „Eintracht“ e. G. m. b. H. zu Wehrh. vom Geschäftsjahr vom 1. Sept. 1906 bis 31. Aug. 1907. Aktiva. Passiva.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva: Kassenbestand 31. Aug. 1907 1004,08; Verbandsbestand 8218,32; Entschuldung 856,61; Inventar nach Abzug von 10% 512,38; Summe 10591,39. Passiva: Baaranschulden 1266,14; Geschäftsguthaben der Mitglieder 299,84; Referendats 97,27; Kapitalanlage und Zinsen 340,75; Binsen für Geschäftsanteil 123,00; Reingewinn 5140,39; Summe 10591,39.

Mitgliederbestand 1. September 1906 109; beigetreten während des Jahres 88; ausgeschieden bis 31. August 1907 8; Mitgliederbestand 31. August 1907 189; Höhe des Geschäftsanteils u. Haftsumme beträgt 30 Mk.; Gesamt-Haftsumme beträgt 4170; Haftsumme und Geschäftsanteil hat sich demnach um je 100 Mk. erhöht.

Der Vorstand: Rath Rodden, Peter Scherpenstein, Ehr. Heharz. Der Aufsichtsrat: Pet. Dreihausen, Vorsitzender. (6 - Mk.)

Württembergische Gewerkschaftskonferenz.

Der mehrfach geäußerte Wunsch, in Württemberg eine allgemeine christliche Gewerkschaftskonferenz abzuhalten, hat sowohl im Lande selbst, wie auch beim Vorstand des Gesamtverbandes Zustimmung gefunden. Die

Konferenz

findet daher am Sonntag, den 8. Dezember in Stuttgart statt. Beginn vormittags 10 Uhr. Das Lokal wird noch bekannt gegeben. Jede Zahlstelle kann einen Delegierten entsenden. Kleinere können sich vereinigen zur gemeinsamen Vertretung. Die Kosten tragen die Lokalkassen.

Tagesordnung

- 1) Stand und weitere Ausdehnung unserer Bewegung;
2) Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben;
3) Einmalige Stellungnahme zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg.
Anträge und Vorschläge sowie Annahmen von Delegierten sind längstens bis zum 15. Nov. an den Unterzeichnerten zu richten.
J. A. Franz Kad. Köblach, Stuttgart, Urbanstraße 96.

Rheind.

Den in Rheind. wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß seit dem 1. Oktober das Krankengeld auf der Geschäftsstelle Odenkirchenerstr. 35 ausbezahlt wird, und sind alle Krankheitsmeldungen dorthin zu richten. Die Auszahlung geschieht freitags und Samstags, morgens von 9-1 Uhr, und freitags nachmittags von 4-6 Uhr.

Aufruf!

An alle Ortsgruppenvorstände und Mitglieder!

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Auf Anregung und Beschluß des Zentralvorstandes soll auch das Jahr 1907 durch eine systematische

Fabrik- und Hausagitation

für unsern Verband zu Ende geführt werden. Die Hausagitation, welche Ende des Jahres 1906 veranstaltet wurde, hat den Erfolg gehabt, daß dadurch dem Verbands über 3000 neue Mitglieder zugeführt wurden. Diesmal wird zweifelslos das Resultat einer allgemeinen, einheitlichen und planmäßigen Fabrik- und Hausagitation noch viel günstiger sein, wenn — ja wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun, d. h. freudig und opferwillig mitwirken. In den bevorstehenden, zur Agitation besonders geeigneten Wintermonaten wird die aufzuwendende Mühe und Arbeit sich reichlich lohnen. Bei der Fabrik- und Hausagitation können folgende

Flugblätter

Verwendung finden:

- 1) „An die deutschen Textilarbeiter und Arbeiterinnen!“
2) „Offener Brief an die Unorganisierten!“
3) Ein eigenes Flugblatt für den betr. Bezirk. Letzteres Flugblatt wird durch den Bezirksvorsitzenden verfaßt, in entsprechender Auflage hergestellt und auf Wunsch den Ortsgruppen je gewünschte Anzahl zugesandt werden. Der Inhalt dieses Flugblattes wird natürlich den besonderen Verhältnissen im Bezirk Rechnung tragen.

Die Flugblätter Nr. 1 und 2 sowie Aufnahmezettel und sonstiges Material sind von der Geschäftsstelle des Verbandes, Düsseldorf 51, Korneliusstr. 66, zu beziehen.

Die Hausagitation soll nun wie folgt planmäßig durchgeführt werden:

Jede Ortsgruppe teilt ihr Gebiet — und eventl. benachbarte Orte — in zahlreiche kleinere Bezirke. Alle unorganisierten Textilarbeiter und Arbeiterinnen in diesen Bezirken werden an einem bestimmten Tage — am besten Sonntags — in ihrer Wohnung besucht. Man redet mit den Leuten, gibt ihnen ein Flugblatt und einen Aufnahmezettel. Sind die Kollegen resp. Kolleginnen nicht sofort zum Beitritt zu bewegen, so sagt man ihnen, sie möchten sich die Sache noch überlegen, vor allen Dingen das Flugblatt und den Aufnahmezettel lesen usw. Der Aufnahmezettel werde eine Woche später wieder abgeholt. (Das letztere muß natürlich auch geschehen und wird sich in vielen Fällen bei diesem zweiten Besuch erst ein günstiges Resultat zeigen.) In einzelnen Ortsgruppen wird man durch Abhaltung zahlreicher kleinerer Revierversammlungen der Hausagitation größeren Nachdruck verleihen können.

Intensiv Betriebsagitation

empfehlen. Bestimmte Regeln lassen sich für die Betriebsagitation nur schwer angeben, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Eine gemeinsame Vorstands- und Vertrauensmänner-Beratung wird schon entsprechende Mittel und Wege ergeben. Bei dieser Gelegenheit bringen wir das Fabrik-Vertrauenspersonen-System in empfehlende Erinnerung.

Mitwirkung aller Mitglieder.

Selbstverständlich kann die gut arrangierte Fabrik- und Hausagitation nicht von den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten allein durchgeführt werden. Wir erwarten daher, daß sich in diesem Falle einmal alle Kollegen und Kolleginnen in den Dienst des Verbandes und der Arbeiterfrage stellen. Also, auf an's Werk! Von der größten Wichtigkeit ist, daß die

Vorstände die Aktion gründlich vorbereiten

und dafür Sorge tragen, daß alle Unorganisierten besucht werden. Es bedarf wohl kaum eines besonderen Hinweises darauf, daß gleichzeitig überall — möglichst öffentliche —

Agitationsversammlungen

abgehalten werden müssen. Als Verhandlungsthema dürfte u. a. zu empfehlen sein: „Die Entwicklung der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung und der II. deutsche Arbeiterkongress.“

Die Resultate der Fabrik- und Hausagitation müssen möglichst bald, spätestens aber am 31. Dezember ex. der Centralstelle in Düsseldorf mitgeteilt werden, da sie in der Textilarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen. Auf zur Agitation! Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand: J. A. C. R. Schiffer, Vorsitzender.

III. Agitationsbezirk (Nachen).

Zu dem auf der letzten Bezirkskonferenz am 25. August einmütig gefaßten Beschluß, von dem noch vorhandenen Vermögen der früheren Zusatzklasse ein Stempel für die Ehefrauen der Mitglieder zu gründen, wurde nachträglich von dem Vorstande der Ortsgruppe Nachen noch folgender Zusatzantrag an die Delegierten gestellt: „Ferner kommt dieser Unterstützungsfah in Anwendung beim Tode der Mutter für die Mitglieder bei denen die vorgenannten Bedingungen zutreffen nicht verheiratet und alleinige Ernährer derselben sind.“ Dieser Antrag ist durch schriftliche Abstimmung der Delegierten mit großer Majorität angenommen worden. Diefes zur gefälligen Kenntnisnahme der in Betracht kommenden Ortsgruppenvorstände des Bezirks. J. A. C. S. Sittenich.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Johann Orts in M.-Glöblich. Hubert von Lohr in Aachen. Hubert Koenen in Neuss. Frau Wustefeld in Hannover-Linden. Ihre Ikonen Andenken!